

Inhalt

Editorial

Berichte und Informationen

Akademien in Zeiten des Umbruchs Künstliche Organe, moderne Medizintechnik und eine alternde Gesellschaft

Konferenz der Leibniz-Sozietät aus Anlass des
70. Geburtstages von Horst Klinkmann
Bericht von Herbert Wöltge/Jörg Vienken S. 2

Vorträge in Teil I:

Hubert Laitko
Die Akademie im gesellschaftlichen Wandel: Historische
Zäsuren als Prüfsteine akademischer Identität S. 3

Herbert Hörz
Erlebte und gestaltete Akademiereform – die Leibniz-
Akademie in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts S. 3

Richard Klar
Zur Entstehung und zum Verständnis von Art.38(2)EV S. 4

Hansgünter Meyer, Was heißt und zu welchem Ende
betreibt man die Zweite Wissenschaftskultur? S. 4

Vorträge in Teil II:

Das Kunstherz heute / Roland Hetzer, DHZ Berlin S. 5

Der künstliche Pankreas oder „Telemedicine in
diabetes therapy“ / Jan Wojcicki S. 5

Die künstliche Niere 2005 / Jörg Vienken S. 5

Die künstliche Leber - Fakt oder Fiktion /
Dieter Falkenhagen S. 5

Vorträge in Plenum und Klassen:

Ekkehard Diemann, Burkhard Schneeweiß,
Helmut Meier S. 6

Weitere Tagungsberichte

3. Workshop des Ad-hoc-Arbeitskreises
Energieversorgung *Heinz Kautzleben* S. 8

Johann Peter Süßmilch (1707 – 1767) und
die Anfänge der Statistik und Demographie in Deutschland.
122. Tagung des AK Demographie *Jürgen Wilke* S. 9

XXII. Internationaler Kongress für Wissenschaftsgeschichte
in China *Karl-Heinz Bernhardt* S. 10

Geschichtliche Erfahrungen aus dem Wechselspiel der
Religionen – Chancen für die Entfaltung von Toleranz?
4. Toleranzkonferenz
der Leibniz-Sozietät und des Mittelstandsverbandes in
Oranienburg *Erich Hahn* S. 11

Vorgestellt

Der Berliner Verein zur Förderung
der MEGA *Rolf Hecker* S. 12

Bibliographia:

Annette Leo: Leben als Balance-Akt. Wolfgang Steinitz.
Kommunist, Jude, Wissenschaftler.
Eine Rezension von Fritz Klein (Nachdruck aus der
Zeitschrift „Das Blättchen“) S.13

Berliner Notizen:

(HW). Exkurs über Geld, Steuern und Erkenntnis S.15

Personalialia

Wir gratulieren: Runde Geburtstage im 4. Quartal S. 16

Verfahrensregelung zum Statut der Gottfried Wilhelm-
Leibniz-Medaille S. 16

Hinweis: Kybernetik-Tagung „Berliner November“ S. 16

Impressum

Editorial

Die zweigeteilte Konferenz aus Anlass des 70. Geburtstages von Horst Klinkmann, über die wir auf den Seiten 2 – 5 ausführlich berichten, brachte für viele überraschende Einsichten: Was dort zur Geschichte der Gelehrtensozietät, zu ihrer qualvollen Auferstehung als Leibniz-Sozietät in neuer Umwelt und zu ihren ersten schweren Jahren mitgeteilt wurde, war so manchem Mitglied der Sozietät neu und eine Bereicherung des historischen Wissens um die Sozietät.

Das Erstaunen ist verständlich, vergegenwärtigt man sich, dass fast zwei Drittel der heutigen Mitglieder erst nach 1994 zur Sozietät gestoßen sind und die beschriebenen Ereignisse meist nur vom Hörensagen kennen. Aber auch für viele „Altmitglieder“ war die Tagung eine Art Erinnerungsauffrischung, eine Wiederentdeckung damaligen Geschehens, an dem sie direkt oder vielleicht nur peripher beteiligt waren.



Von einem Stifterboom war jüngst die Rede, den die Wissenschaftsszene nach dem Jahr 2000 erlebt haben soll. Andeutungen dazu gibt es auf S. 15 in den **Berliner Notizen**.

Vielleicht wäre das Phänomen Stifterwille auch nutzbar zu machen für die Sozietät, deren Kassenlage bekanntlich nur selten mit ihren wissenschaftlichen Potenzen und Absichten übereinstimmt. Nützlich zum Beispiel für die Forschung zur Geschichte der Sozietät. Erinnerungen und Materialien, über die die Erfahrungs- und Funktionsträger der 80er und 90er Jahre verfügen, warten als sozusagen verstreute Privatarhive geradezu darauf, in einer Stiftung der Sozietät eine Bündelung zu erfahren. Damit wären sie für die Forschung gesichert und nicht politischem Desinteresse und wissenschaftsfremden Zufällen überlassen.

Berichte und Informationen

Akademien in Zeiten des Umbruchs Künstliche Organe, moderne Medizintechnik und eine alternde Gesellschaft

Wissenschaftliches Kolloquium aus Anlass des 70. Geburtstages von Horst Klinkmann

Im Rahmen des aus Fördermitteln des Landes Berlin gestützten Projektes *Erkenntnisgewinn durch Interdisziplinarität* führte die Leibniz-Sozietät am 27. Mai 2005 ein wissenschaftliches Kolloquium durch. Anlass war der 70. Geburtstag ihres Mitglieds Horst Klinkmann. Das thematisch zweigeteilte Kolloquium würdigte die Verdienste des Jubilars sowohl als Präsident der AdW der DDR mit dem Thema *Akademien in Zeiten des Umbruchs* als auch den hervorragenden Wissenschaftler mit dem Thema: *Künstliche Organe, moderne Medizintechnik und eine alternde Gesellschaft*. Veranstaltet wurde das Kolloquium vom Kuratorium der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät und vom Präsidium der Leibniz-Sozietät.

Ort der Veranstaltung war der mit den Traditionen der Akademie verbundene historische Robert-Koch-Saal des heutigen Instituts für Mikrobiologie und Hygiene der Charité, dessen Direktor Prof. Dr. U. Göbel das zahlreich erschienene Auditorium mit der Geschichte der wissenschafts- und medizinhistorischen Stätte bekannt machte.

In seiner Laudatio würdigte **Jörg Vienken**, Schüler Klinkmanns und Mitglied der Leibniz-Sozietät, den wissenschaftlichen Werdegang des Jubilars, der zu den weltweit führenden Nierenspezialisten zählt. Der künstlichen Niere galt jedoch nicht sein alleiniges Interesse; bereits als junger Mediziner spezialisierte sich Klinkmann auf die Entwicklung künstlicher Organe. Schon 1969 erhielt er eine zweijährige Forschungsprofessur an der Universität von Utah in Salt Lake City/USA. Die Zusammenarbeit mit dem Institutsleiter Willem Kolff, dem Vater der künstlichen Organe, hat Klinkmann motiviert, künstliche Organe auch in Deutschland zu

entwickeln. Als Direktor der Klinik für Innere Medizin in Rostock - die Ernennung wurde nach seiner Rückkehr aus den USA ausgesprochen - war er Gründungsvater der Arbeitsgruppe „Künstliche Organe“, die später weltweit mit spektakulären Arbeiten darüber Aufsehen erregte. Patente und mehr als 500 wissenschaftliche Publikationen über die künstliche Niere, das Kunstherz und, hochaktuell, zur Regenerativen Medizin zeugen heute von diesen Aktivitäten, bei denen interdisziplinär Theorie und Praxis immer wieder aufs Neue konstruktiv verbunden werden.

Ein Grußwort der Mazedonischen Akademie der Wissenschaften und Künste an den Jubilar überbrachte deren Präsident **Prof. Dr. Momir Polenakovic**.

Der erste Teil der Veranstaltung *Akademien in Zeiten des Umbruchs* war vor allem dem Geschehen um die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR und ihren Übergang zur Leibniz-Sozietät in den Jahren 1989/92 gewidmet, als Klinkmann ihr Präsident war. Einleitend betonte **Herbert Wöltge**, dass die Veranstaltung nicht auf politische aktuelle Programmatik ziele, sondern sich als wissenschaftshistorische Betrachtung verstehe. Man habe davon auszugehen, dass die politische Willensbildung zu den Ereignissen der frühen 90er Jahre längst abgeschlossen sei und die grundsätzlichen öffentlichen Meinungen dazu stabil seien. Die die Sozietät bewegenden Fragen von damals hätten im wissenschaftspolitischen Spektrum der aktuell behandelten Probleme keinen Platz gefunden. Insofern sei besonders bedauerlich, dass zur Akademieentwicklung der Jahre nach 1990 wenig gearbeitet werde. Es stehe der Leibniz-Sozietät gut zu Gesicht, dass sie versuche, mit ihren beschei-

denen Mitteln einen wissenschaftlichen Mindeststandard der Beschäftigung mit diesem Gegenstand aufrecht zu halten.

Nach einem Überblicksvortrag von **Hubert Laitko** zu Krisensituationen in der Berliner Akademiegeschichte behandelte **Herbert Hörz** historisch-politische Aspekte der Entwicklung der Leibniz-Akademie und ihrer Reformbestrebungen in den 90er Jahren. **Richard Klar** befasste sich mit einigen Aspekten der Stellung der AdW der DDR und ihrer Behandlung in der Zeit der Vorbereitung des Einigungsvertrages im Jahre 1990. **Hansgünter Meyer** erörterte Probleme der Zweiten Wissenschaftskultur.

Alle Referenten konstatierten erheblichen Forschungsbedarf, der durch die offizielle Forschung zur Akademiegeschichte in Deutschland zur Zeit nicht abgedeckt wird. Die Vorträge gaben Anregungen, hier weiterzuarbeiten.

Die Vorträge zum ersten Teil der Veranstaltung werden in den „Sitzungsberichten der Leibniz-Sozietät“ publiziert. In den Band werden auch zwei angemeldete, aber nicht gehaltene Beiträge zum Kolloquium aufgenommen: **Horst Albach**, damals Präsident der Westberliner Akademie der Wissenschaften zu Berlin, äußert sich zu den Gesprächen über die Errichtung einer gemeinsamen Akademie in Berlin im Jahre 1990, **Peter Th. Walther** zu einigen unausgeschöpften Möglichkeiten zur Weiterführung der Gelehrtensozietät nach der Wende.

Den Leitspruch der Leibniz-Sozietät „theoria cum praxi“ stellte **Günther von Sengbusch** aus Hamburg in den Mittelpunkt seines den zweiten Teil des Festkolloquiums einleitenden Referats. **Wolfgang Schütt**, Donau-Universität Krems/Österreich, referierte zu einigen Erfahrungen aus systemübergreifenden F&E-Projekten von NASA und in Japan.

Danach trugen vier international bekannte Wissenschaftler eine Übersicht über den Stand der Technik auf dem Gebiet der künstlichen Organe vor. Zum Kunstherz äußerte sich **Roland Hetzer** DHZ Berlin, zum künstlichen Pankreas **Jan Wojcicki**, Warschau, zur künstlichen Niere **Jörg Vienken**, Bad Homburg, zur künstlichen Leber **Dieter Falkenhagen**, Krems. Rahmenthema

waren die Folgen der demographischen Entwicklung mit einer alternden Gesellschaft deren zunehmende Lebenserwartung Motiv für die Entwicklung der Ersatzteilmedizin ist.

Horst Klinkmann dankte in abschließenden Bemerkungen seinen Schülern und den Organisatoren der Veranstaltung. Seine Zeit als Präsident zähle zu den bitteren Episoden seiner *vita academica*. Man habe aus eigener Unzulänglichkeit, aus Unwissen und Gutgläubigkeit viel Lehrgeld zahlen müssen. Der Redner bedauerte, damals nicht den ungeklärten Rechtsfragen bis zu ihrem Ende vor dem Bundesverfassungsgericht nachgegangen zu sein. Die Jahre 1990 bis 1992 seien für viele zu einer schmerzlich prägenden Lebenserfahrung geworden. Es sei eine Pflicht derer, die die damaligen Ereignisse erlebt und mit gestaltet haben, ihre Kenntnisse und Erfahrungen zu dokumentieren und - wenn möglich - wissenschaftlich aufzubereiten und der Nachwelt zu erhalten.

Herbert Wöltge und Jörg Vienken

Vorträge in Teil I im einzelnen:

Akademien in Zeiten des Umbruchs

Hubert Laitko

Die Akademie im gesellschaftlichen Wandel: Historische Zäsuren als Prüfsteine akademischer Identität

Der Vortrag betrachtet die bisherige Berliner Akademiegeschichte seit der Sozietätsgründung 1700 unter dem Gesichtspunkt der dabei bewältigten institutionellen Risiken und überstandenen Krisensituationen. Dabei werden nicht alle, sondern nur die besonders gravierenden Krisenlagen auf dem historischen Weg der Akademie besprochen, in denen einschneidende Profilländerungen zu vollziehen waren und in extremen Fällen sogar ihre bloße Fortexistenz in Frage stand.

Auf dieser Ebene zeichnen sich zwei unterschiedlich geartete Typen akademiehistorischer Wandlungen ab. Den ersten Typ bilden extern induzierte Veränderungen, die aus der Sicht der Wissenschaftsgeschichte kontingent waren, aber nichtsdestoweniger auf die Existenzbedingungen der Akademie durch-

schlugen; dazu gehören vor allem mehr oder minder tief greifende Umgestaltungen der politischen Verhältnisse – Herrscherwechsel an der Spitze des preußischen Staates wie insbesondere der Übergang von Friedrich Wilhelm I. zu Friedrich II., aber auch ein so radikaler Bruch wie der Sieg der Alliierten über das deutsche NS-Regime im zweiten Weltkrieg mit seinen einschneidenden Folgen für den Wissenschaftsbetrieb.

Den zweiten Typ repräsentieren Funktionsveränderungen der Akademie infolge wesentlicher Transformationen im wissenschaftlichen Institutionennetz durch das Aufkommen neuer Institutionentypen; die wichtigsten Wandlungen dieser Art waren für die Berliner Akademie mit der Bildung der Universität und mit der Ausdifferenzierung außeruniversitärer Grundlagenforschung durch die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verbunden.

In allen diesen Fällen waren Flexibilität und Bereitschaft zu institutionellem Wandel gefragt, die nicht zuletzt dadurch befördert wurden, dass die akademische Gelehrtengesellschaft im wesentlichen aus Personen bestand, deren beruflicher Lebensmittelpunkt in anderen Institutionen lag, und dass damit die unterschiedlichen Traditionen und „Handlungsrationaltäten“ diverser wissenschaftlicher Institutionentypen in der Akademie selbst personell präsent waren und bei der Suche nach adäquaten Reaktionen auf veränderte Existenzbedingungen eingesetzt werden konnten. Generell wird man davon ausgehen können, dass die Akademie auf herangereifte Wandlungen in der Wissenschaftslandschaft, bei denen sie selbst als Ko-Akteur auftrat, besser vorbereitet war als auf politisch verursachte Brüche. Allerdings konnte es auch hier geschehen, dass – wie im Fall der KWG-Gründung – die Akademie im komplizierten Kräftespiel ausmanövriert und an die Peripherie des Geschehens gedrängt wurde.

Neben den kritischen Situationen, die im Verlauf der Akademiegeschichte auftraten und relativ stabile, evolutionäre Phasen unterbrachen, diskutiert der Vortrag auch noch die Rolle kontingenter Faktoren im Gründungsgeschehen der Akademie um 1700 und in der nachfolgenden rund drei Jahrzehnte dauernden Latenzphase bis zur Herausbildung stabiler Arbeitsformen.

Herbert Hörz

Erlebte und gestaltete Akademiereform – die Leibniz-Akademie in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts

Der Vortrag behandelt historisch-politische Aspekte des Übergangs von der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Leibniz-Sozietät und deren Entwicklung in den 90er Jahren. Er schildert zunächst den Reformprozess an der Akademie in der gesellschaftlichen Umbruchphase von der Kritik von innerakademischen Reformkräften an vorhandenen Strukturen bis zur Wahl neuer Gremien mit dem Höhepunkt der Wahl des Rostocker Mediziners Horst Klinkmann zum Präsidenten. Dieser Demokratisierungsprozess, in dem der „Runde Tisch“ aller an der Akademie vertretenen Gruppierungen eine wichtige Rolle spielte, kam durch von außen wirkende Faktoren zum Erliegen, sowohl durch die Nichtbestätigung des erarbeiteten neuen Akademie-Statuts durch die DDR-Regierung als auch – besonders nach den Märzahlen 1990 - durch den wachsenden Einfluss westlicher Berater und Entscheider auf die Akademieentwicklung.

Zu den wichtigsten Fragen in der Diskussion um die Reformen an der Akademie gehörte nach Auffassung des Vortragenden die Einheit von Gelehrtengesellschaft und Forschungsgemeinschaft. Zunächst sollte nach übereinstimmender Auffassung aller Gruppen der Verbund erhalten bleiben. Die politischen Rahmenbedingungen dafür hätten dies aber schon bald nicht mehr zugelassen, und mit dem Einigungsvertrag war diese Frage endgültig entschieden. In den Jahren 1990 bis 1992 war die Gelehrtensozietät bestrebt, ihre aus dem EV hervorgehende Fortführung auf Landesebene zu realisieren. Dieses Vorhaben scheiterte an der politischen Konstellation in Berlin und an der Haltung der altbundesdeutschen großen Wissenschaftsorganisationen.

Für die Gelehrtensozietät blieb nur der Weg, sich als privatrechtlicher Verein zu organisieren und auf diese Weise die wissenschaftliche Kommunikation ohne Unterbrechung fortzusetzen. Als Fazit seiner Überlegungen hielt der Vortragende u.a. fest: „Die Leibniz-Sozietät hat den 1990 geforderten und begonnenen Reformprozess für die Wissenschaftsakademie durchgeführt. Er führte von der Staatsakademie der DDR zu einer

Gelehrtenvereinigung, die sich, der Wissenschaft verpflichtet, interdisziplinär zusammensetzt, keinen staatlichen Eingriffen unterliegt, pluralistisch orientiert ist und Brücken zwischen Ost und West, zwischen Theorie und Praxis und zwischen den zwei Kulturen, der mathematisch-naturwissenschaftlichen einerseits und der sozial- und geisteswissenschaftlichen Arbeits- und Denkweise andererseits schlägt. Sie erfüllt wichtige Aufgaben einer Akademie, zu denen die Erkenntnis-, Initiativ-, Bildungs- und Beratungsfunktionen gehören, denen sie mit ihren Mitteln und Möglichkeiten gerecht wird.“

Richard Klar

Zur Entstehung und zum Verständnis von Art.38 (2) Einigungsvertrag

Der Vortrag befasste sich mit einigen Aspekten der Stellung der AdW der DDR und ihrer Behandlung in der Zeit der Vorbereitung des Einigungsvertrages im Jahre 1990. Erstmals wurde Einblick gegeben in die Verhandlungen, die die AdW und ihr Präsident Horst Klinkmann im Jahr 1990 mit der Regierung der DDR geführt hat, um die rechtliche Kontinuität der 1700 begründeten Wissenschaftseinrichtung auch in dieser politischen Umbruchzeit zu sichern. Dazu war es erforderlich, das bis dahin geltende Statut der AdW aufzuheben und ein einigungskompatibles Statut der Akademie in Kraft zu setzen. Dieses Statut wurde unter Leitung von Präsident Klinkmann ausgearbeitet und vom Ministerrat der DDR am 27. Juni 1990 erlassen.

Die Absicht, dieses „Klinkmann-Statut“ als weitergeltendes Recht in den Einigungsvertrag einzufügen, scheiterte allerdings. Der Vortragende zeigte, wie die Ressortministerien MWT und BMFT bemüht waren, im Gegensatz dazu eine Auflösung der AdW rechtlich festzuschreiben, obwohl die Minister beider Seiten sich noch Mitte August 1990 auf ein Fortbestehen der Akademie geeinigt hatten. In den Verhandlungen, an denen der Vortragende als einer der Akteure im Auftrag von Präsident Klinkmann mitwirkte, konnte jedoch erreicht werden, die Passagen über eine aufzulösende AdW zu streichen. Ergebnis der Verhandlungen, die hier erstmals detailliert geschildert wurden, war die Festlegung,

dass die Gelehrtensozietät weiter bestehen sollte, wenngleich von den Instituten getrennt, und dass sie auf landesrechtlicher Ebene weiterzuführen sei.

Der Vortrag weist darauf hin, dass diese Regelungen des Einigungsvertrages durch die herrschenden politischen Kräfte des Landes Berlin später systematisch unterlaufen wurden und die Akademie verleumdet und als aufgelöst behandelt wurde, obwohl bis heute kein Auflösungsakt existiert.

In einem abschließenden Teil setzte sich der Vortrag mit einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Senats von Berlin auseinander. Das 2002 für das Abgeordnetenhaus erstellte Gutachten beharrte auf den politischen Haltungen der frühen 90er Jahre und insbesondere auf der Behauptung einer durch Art.38(2)EV aufgelösten AdW. Der Vortragende analysierte diese Argumente als juristisch haltlos und stellt dagegen fest, dass Art 38(2)EV in dieser Frage nicht erfüllt sei, es gebe keine landesrechtliche Entscheidung über die Gelehrtensozietät der AdW der DDR. Die Behauptung, dass die Gelehrtensozietät der AdW der DDR aufgelöst sei, verfolge die vordergründige Absicht, die Nichterfüllung von Art.38(2)Einigungsvertrag zu verschleiern.

Es bleibe Aufgabe deutscher Politik, bestehende Defizite des Einigungsprozesses zu bereinigen. Dazu gehöre die Nichterfüllung von Art. 38(2)EV. Wenn im Oktober der 15. Jahrestag des Abschlusses des Einigungsvertrages begangen wird, müsse auch eine kritische Bilanz der Erfüllung seiner Bestimmungen auf der Tagesordnung stehen.

Hansgünter Meyer

Was ist und zu welchem Ende betreiben wir die Zweite Wissenschaftskultur?

In Anspielung auf das Gedenken zu Schillers 200. Todestag und um die außerordentlichen wissenschaftlichen Leistungen des Jubilars fernab der etablierten bzw. staatlich alimentierten Wissenschaftsinstitutionen, in eine weite historische Perspektive zu stellen, erörterte der Vortragende - Vorsitzender des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. - Probleme der Zweiten Wissenschaftskultur.

Diese Bezeichnung habe sich nicht nur im Sprachgebrauch und in der Publizistik weithin durchgesetzt. Die Forschungs- und Publikationsunternehmungen, die damit bezeichnet werden, bilden seit ihrem schwungvollen Start 1990 bis 93 einen festen Bestandteil des geistig-kulturellen Lebens der Ostdeutschen. Eine alternative wissenschaftliche Subkultur hat es zwar seit den 1968er Ereignissen in der BRD weithin gegeben, aber mit der Entlassung von 60 bis 80% des ostdeutschen wissenschaftlichen Personals (der Hochschulen, der außeruniversitären Forschung, der industriellen F&E) trat eine neue Situation ein. Tausende von Forschungsunternehmen und wissenschaftliche Recherchen haben in ebenso vielen Buchpublikationen und Zeitschriftenreihen Eingang gefunden, ausgeführt von einer kaum noch überschaubaren Vielfalt von Korporationen, Vereinen, Foren, Gremien, Gesellschaften, Kommissionen, Instituten, Verlagen, Stiftungen; Gesprächskreisen, Podien, Netzwerken u.a.m., die in der publizierten Fassung des Vortrags beispielhafte Erwähnung finden werden.

Es hat sich inzwischen auch gezeigt, dass es trotz vieler Friktionen nicht möglich ist, ihnen die finanzielle und logistische Unterstützung durch die Öffentlichkeit völlig zu entziehen. Themen und Qualität der Arbeiten haben im Gegenteil bewirkt, dass die Mittelbeschaffung vielfältiger und effizienter geworden ist.

Eine besondere Würdigung unter den Gründungen fand in den Augen des Vortragenden die Leibniz-Sozietät. Sie habe, dem Credo von Leibniz folgend, unter denkbar ungünstigen Umständen ihre Tätigkeit als privatrechtlicher Verein fortgesetzt, in historischer Kontinuität der von Leibniz 1700 gegründeten Akademie. An ihren wachsenden Ergebnissen und am beständigen Prozess ihrer personalen Erneuerung (seit ihrer Gründung 232 Neuberufungen hochrenommierter Wissenschaftler, eine nicht geringe Zahl aus dem Ausland) ist zu ermessen, wie erfolgreich sich dieser Neubeginn behauptet hat.

Die Anleihe des Referenten beim Schillerschen Geschichtsverständnis fand dann folgende abschließende Begründung: Die Hervorbringungen der Zweiten Wissenschaftskultur entschlüsseln wissenschaftsgeschichtliche Zusammenhänge, die als Erbe einer ganzen Wissenschaftlergeneration weit über ihre

unikalen Veranlassungen hinausreichen, die ein kritisches Verständnis zahlreicher Wissenschaftsbefunde dort ermöglichen, wo es von den etablierten Denkkulturen umgangen oder einfach weggelassen wird.

Zum Vortrag gehört die Erfassung und Kurzcharakterisierung von mehr als 20 Korporationen der Zweiten Wissenskultur sowie von deren Verlagsumfeld. Die Angaben dazu werden in der Publikation des Vortrags ausführlicher abgedruckt.

Vorträge im 2. Teil der Veranstaltung:

Künstliche Organe, moderne Medizintechnik und eine alternde Gesellschaft

1. Das Kunstherz heute

Herzoperationen sind heute schon fast Routine. In Deutschland werden jährlich mehr als 60.000 Bypass-Operationen durchgeführt, so **Roland Hetzer** vom Deutschen Herzzentrum (DHZ) in Berlin. Auch Operationen am offenen Herzen sind mit jährlich 3.000 Eingriffen am DHZ nichts Ungewöhnliches mehr. Selbst eine Herztransplantation wird heute als nicht mehr sehr schwierig angesehen, sie gehört zu den standardisierten Operationen im DHZ, wo seit Gründung im Jahre 1985 bereits über 1400 Organe übertragen wurden. Wegen des Mangels an Spenderorganen sind jedoch auch künstliche Systeme erforderlich. Das Kunstherz selbst, das Horst Klinkmann in Rostock im Tierversuch vor vielen Jahren erprobte - mit über 200 Tagen Funktionstüchtigkeit beim Kalb wurde damals ein Weltrekord aufgestellt -, ist heute jedoch nicht mehr das ausschließliche Ziel der Kardiologen. Vielmehr versucht man über Unterstützungssysteme, z.B. dem „Leftventricular assist device (LVAD)“ die Herzfunktion mit einer Prothese soweit zu unterstützen, dass das Organ sich erholen und nach einer Zeit seine originäre Funktion wieder alleine übernehmen kann. LVADs sind im Lauf der Zeit immer kleiner geworden, die überall zu beobachtende Miniaturisierung kann auch hier erfolgreich eingesetzt werden. Moderne LVADs haben die Größe eines kleinen Fingers und enthalten kleine

Motoren für die Blutpumpe. Auch die für die elektrischen Antriebe notwendigen Akkumulatoren sind klein und effizient geworden, sie können ohne Kabeldurchleitung durch die Haut induktiv schnell aufgeladen werden. Ein Einsatz auf Dauer ist allerdings nicht vorgesehen, die „Herzprothese“ soll nur vorübergehend bis zur Wiedererlangung der Herzfunktion implantiert bleiben.

2. Der künstliche Pankreas oder „Telemedicine in diabetes therapy“

Die Zuckerkrankheit ist eine Stoffwechselerkrankung, die heute zunehmend als das größte Gesundheitsproblem der Menschheit angesehen wird. „Es kann jeden betreffen“, meinte **Dr. Jan Wojcicki** vom Institut für Biokybernetik der Akademie der Wissenschaften in Warschau/Polen. Diabetes ist einer der Hauptgründe für Nierenversagen, Altersblindheit, Schäden am Nervensystem, und Herzversagen und kann die Lebenserwartung von Patienten um bis zu 15 Jahre reduzieren. Im Vergleich zu 1990, wird sich die Zahl der zuckerkranken Patienten weltweit von 100 Millionen auf 240 Millionen erhöhen und damit zu einem wesentlichen Kostenfaktor in den Gesundheitssystemen werden.

Als Therapie steht heute noch kein künstlicher, implantierbarer oder extrakorporaler Pankreas zur Verfügung, der die Steuerung für die Insulinproduktion und dessen Kontrolle im Körper übernehmen könnte. Moderne Verfahren basieren daher auf der automatisch geführten Zufuhr von Insulin durch kleine, implantierbare, Insulinpumpen. Mit Hilfe von elektronischen Sensoren kann die Zufuhr des Hormons auch aus der Entfernung gesteuert werden, wenn Sensoren in der Lage sind, die entsprechenden Patientendaten (Zuckerspiegel, etc) elektronisch an den behandelnden Arzt „telemedizinisch“ über das Internet oder telephonisch weiterzugeben.

Das in Warschau entwickelte **TELEDIAPRET**-System ist ein solches System. Es ermöglicht die Behandlung von zuckerkranken Patienten auch über einen längeren Zeitraum, die aufgrund ihres Alters, einer Gehbehinderung oder anderer Malaisen nicht direkt behandelbar sind. Erste Erfahrungen mit Patienten unterschiedlicher Altersgruppen bestehen in Warschau bereits. Auf dieser Basis wird in Zukunft ein Daten-

Transfer-System bereitstehen, mit dem ein direkter Kontakt zwischen Arzt und zuckerkrankem Patient auch aus der Entfernung möglich sein wird.

3. Die künstliche Niere 2005

Die Behandlung von nierenkranken Patienten mit der Künstlichen Niere (Hämodialyse) ist eine noch junge Therapie, die erst seit Beginn der siebziger Jahre zu einer Routinetherapie geworden ist. Seit 1970 hat sich die Zahl der Dialysepatienten exponentiell entwickelt und liegt in 2005 bei mehr als 1.4 Millionen Patienten weltweit, berichtete **Jörg Vienken** vom weltweit führenden Therapieanbieter auf dem Gebiet der Dialyse, Fresenius Medical Care in Bad Homburg. Jährlich steigt die Zahl der Patienten um etwa 6%. Zucker-, und Gefäßkrankheiten bei Patienten mit hohem Blutdruck sind die Ursache für zunehmend hohe Zahlen von nierenkranken Patienten.

Die künstliche Niere steht für ein Verfahren, das außerhalb des Körpers im Rahmen eines „extrakorporalen“ Blutkreislaufs durchgeführt wird. Zu diesem Zweck wird das Blut des nierenkranken Patienten etwa vier Stunden lang durch ein Bündel von mehr als 10.000 haarfeinen Kapillaren geführt, deren Wand als Filter für Blutgifte durchlässig ist. Die Verträglichkeit der Therapie wurde durch die Entwicklung von technisch perfekten Behandlungssystemen so verbessert, dass diese Behandlung heute viele Jahre lang durchgeführt werden kann. So gibt es in Japan mehr als 3.000 Patienten, die bereits länger als 30 Jahre von der künstlichen Niere profitieren.

4. Die künstliche Leber - Fakt oder Fiktion?

Das Versagen der Leber ist lebensbedrohlich. Die zunehmende Zahl der Hepatitis-erkrankungen, z.B. Hepatitis B und C, verbunden mit dem Auftreten von Lebertumoren, sind Motiv für die Entwicklung von Behandlungsverfahren, die mit dem Begriff „Künstliche Leber“ umschrieben werden können. Funktionen der Leber sind wie bei der Niere, durch extrakorporale Blutkreisläufe zu ersetzen. Allerdings sind diese Funktionen komplexer als bei der Niere, meinte **Dieter Falkenhagen** von der Donau-Universität in Krems /Österreich. Zwei

Funktionen stehen im Mittelpunkt seiner Forschungsarbeiten, die er bereits an der Universität Rostock begonnen hatte: Entgiftung und Synthese von Proteinen, **Hormonen und Gerinnungsfaktoren**. **Wie** in einer künstlichen Niere kann eine künstliche Leber über einen Blutkreislauf außerhalb des Körpers Stoffwechselgifte entfernen. Da solche Gifte hohe Molekulargewichte haben und meist nicht was-

serlöslich sind, werden zusätzlich zu den in der künstlichen Niere eingesetzten Filtern auch Adsorbersysteme eingesetzt, die mit dem Blut des Patienten in Kontakt kommen. Diese können aus Adsorbersäulen oder aus zirkulierenden adsorbierenden Partikeln bestehen.

Erste erfolgreiche klinische Ergebnisse mit solchen Systemen sind bereits vorhanden. Weitere Studien werden

folgen. Die synthetische Funktion der Leber, so Falkenhagen, wird künftig über den Einsatz von Leberzellen erfolgen. Ob dies durch einen mit Leberzellen gefüllten Bioreaktor oder durch die direkte Injektion von Leberstammzellen erfolgen wird, ist noch offen.

Vorträge in Plenum und Klassen

In loser Folge werden an dieser Stelle in Zusammenfassung Vorträge vorgestellt, die in den wissenschaftlichen Sitzungen der Sozietät gehalten wurden. Für Rückfragen bittet die Redaktion, sich an die Verfasser zu wenden, deren Anschriften am Ende der Resümees mitgeteilt werden

Ekkehard Diemann

Das Geheimnis von Carl Wilhelm Scheeles Lösungen „brennbarer Wasserbleyerde“

Vortrag in der Klasse Naturwissenschaften der Leibniz-Sozietät am 12. Mai 2005

Carl Wilhelm Scheele (1742 - 1786) war einer der großen Chemiker des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Er wurde in Stralsund, das damals schwedisch war, geboren, und erhielt seine Ausbildung in Chemie an Apotheken in Schweden. Deutsch sei seine Muttersprache, hat er einmal gesagt, aber Schweden sei sein Vaterland. Seine Laborjournale hat er denn meist auf Deutsch geführt, publiziert hat er aber überwiegend in Schwedisch oder auch in Französisch. Wir verdanken es Sigismund Friedrich Hermbstädt, der später auch Mitglied der Berliner Akademie wurde, dass diese Arbeiten wenige Jahre nach Scheeles allzu frühem Tod auch dem deutschen Sprachkreis zugänglich gemacht wurden [1]. Auf diesem Wege wurde es auch möglich, einige der von Scheele beschriebenen Versuche nachzustellen und im Vortrag zu demonstrieren, so auch die erstmalige Herstellung von Lösungen „brennbarer Wasserbleyerde“.

Wasserbley war die Bezeichnung eines Metalls, das wir heute Molybdän nennen, die zugehörige „Erde“ bezeichnet das Oxid. Aus der Erde konnte man nach den damaligen Vorstellungen durch Umsetzung mit dem Brennbaren oder „Phlogiston“ das Metall erhalten. Das jeweilige Metall war, so glaubte man, komplexer aufgebaut als das zugehörige Metalloxid. Wie Scheele damals

herausfand, kann man durch Übertragung des Brennbaren z.B. aus Zink, d.h. durch Reduktion als erste Stufe aus dem Molybdänoxid blaue, lösliche Produkte erhalten. Diese Lösungen von „Molybdänblau“ sind in den folgenden mehr als 200 Jahren immer wieder Gegenstand von Untersuchungen gewesen, u.a. auch von Jöns Jakob Berzelius und Wilhelm Biltz, und praktisch jeder Chemiestudent hat sie seitdem irgendwann einmal in Händen gehalten.

Ein entscheidender Fortschritt gelang aber erst 1995 Achim Müller und Mitarbeitern [2] durch die Isolierung von Kristallen und deren Strukturanalyse. Die Resultate haben dann auch schnell international Aufsehen erregt. Die Kristalle enthalten nämlich ringförmige Riesen-Anionen mit einem Durchmesser von 3,6 nm, die aus 154 Molybdän und 462 Sauerstoffatomen aufgebaut sind und die heute häufig als „Bielefelder Riesenräder“ bezeichnet werden.

Ein wichtiger Grund dafür, dass sich eine Kristallisation solcher Einheiten aus wässrigen Lösungen als besonders schwierig erweist, ist deren extrem hydrophile Oberfläche. Die hat aber noch weitere Konsequenzen, dass nämlich über den Wasserschichten um jedes Riesenrad herum ein weiterer Strukturbildungsprozess initiiert wird und in der Bildung eines aus etwa 1165 Riesenrädern bestehenden, sphärischen Superclusters von 90 nm Durchmesser resultiert [3]. Die neueren Ergebnisse aus Lichtstreu- und TEM-Experimenten wurden vorgestellt und diskutiert.

[1] C. W. Scheele, Sämtliche Physische und Chemische Werke, in deutscher Sprache herausgegeben von S. F. Hermbstädt (1793), Nachdr. von 1971 (M. Sändig, Niederwalluf)

[2] A. Müller et al., *Angew. Chem.* 107(1995) 2293 ; *Acc. Chem. Res.* 33 (2000), 2

[3] T. Liu, E. Diemann, H. Li, A. Dress, A. Müller, *Nature* 426(2003)59

Anschrift des Vortragenden:

*Fakultät für Chemie der Universität Bielefeld
Postfach 100131, 33501 Bielefeld,
E-Mail: e.diemann@uni-bielefeld.de*

Burkhard Schneeweiß

Impfen gestern – heute – morgen

Vortrag in der Klasse Naturwissenschaften der Leibniz-Sozietät am 9. Juni 2005

Vergangenheit

Ein Rückblick auf zweihundert Jahre Impfgeschichte erlaubt es, auf eindrucksvolle Erfolge bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten zu verweisen. Die anfänglich starke Kritik an der Pockenimpfung konnte ihren Siegeszug nicht aufhalten, der mit der weltweiten Beseitigung (Eradikation) der Seuche 1980 beendet werden konnte. Die Impfung gegen Tetanus bestand unter Kriegsbedingungen sehr erfolgreich ihre Bewährungsprobe. Diphtherie und Keuchhusten sind weitere Beispiele für die Zurückdrängung gefährlicher Infektionskrankheiten. Immerhin starben zwischen 1930 und 1940 allein in Deutschland noch jährlich etwa 6000 Kinder an Diphtherie und etwa 2000 Kinder an Keuchhusten.

Gegenwart

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden viele neue Impfstoffe, auch Impfstoffkombinationen, eingeführt. Sie zeichnen sich im Vergleich zu den früher benutzten „alten“ Impfstoffen besonders durch ihre bessere Verträglichkeit aus. Auf diese Weise können alle Kinder bereits in den ersten 14 Lebensmonaten einen Impfschutz gegen die 10 Zielkrankheiten erhalten: Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten, Haemophilus influenzae Typ b

(Hib), Poliomyelitis, Hepatitis B, Masern, Mumps, Röteln, Windpocken.

Die geplante Eradikation der Poliomyelitis hat sichtbare Erfolge – beispielsweise in Amerika und Europa – zu verzeichnen, bedarf aber noch intensiver Bemühungen mit landesweiten Schluckimpfungen in Risikoregionen, z. B. in weiten Teilen Afrikas und Asiens, sowie nationaler Kontrollen.

Als ein weiteres globales Impfziel hat die WHO die schrittweise Beseitigung der Masern auf die Tagesordnung gesetzt. In Europa soll eine Elimination bis 2007 erreicht werden. Das ist ein hoch gestecktes Ziel, das in Deutschland – im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern wie Skandinavien, England, Tschechien, Slowakei, Ungarn u. a. – nur mit intensiven Bemühungen zu erreichen ist. Es gibt Regionen in Deutschland, wo die Impfrate nicht ausreicht, um eine Zirkulation des Erregers zu unterbinden. Dementsprechend kann es immer wieder zu regionalen Masernausbrüchen kommen.

Für die Durchsetzung der Impfziele ist es besonders wichtig, Impfskeptiker zu überzeugen. Sie vertreten häufig naturheilkundliche Überzeugungen, halten Impfungen für unnatürliche, bisweilen sogar schädliche, meist auch wenig zuverlässige Eingriffe in das Immunsystem, während sie die Infektionskrankheiten Masern, Mumps, Röteln und Windpocken als harmlose Kinderkrankheiten verniedlichen.

Als Fazit der Impfgegenwart darf man sagen, das es in Deutschland trotz hoher Impfsicherheit und nachhaltiger internationaler Impferfolge eine verbreitete Impfskepsis und dadurch recht große Impflücken besonders unter Jugendlichen und Erwachsenen gibt.

Zukunft

In Zukunft werden Impfungen nicht nur gegen weitere Infektionskrankheiten, sondern zunehmend auch gegen Krebs eingesetzt werden. Während die seit Jahren eingeführte Impfung gegen Hepatitis B einen Schutz vor dem seltenen primären Leberzellkrebs verleiht, steht der Impfstoff gegen das Humane Papillom-Virus unmittelbar vor seiner Zulassung. Er soll einen Schutz vor dem Gebärmutterhals-Krebs (Zervix-Karzinom), einem der häufigsten Krebsarten der Frau, bieten und mit dieser Aussicht zweifellos ein neues Kapitel der erfolgreichen Impfgeschichte aufschlagen.

Anschrift des Vortragenden:
Karlinenhofweg20, 12527 Berlin,
E-Mail: schneeburk@gmx.de

Helmut Meier

Constantin Frantz (1817-1891) ein konservativer Gegner der Nationalstaatsbildung – Mitteleuropäische Föderation als Alternative.

Vortrag vor der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 9. Juni 2005

Im Mittelpunkt der Geschichtsschreibung über das 19. Jh. steht die Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse und die damit verbundene Konstituierung bürgerlicher Nationalstaaten in Europa. Die in diesem Zusammenhang unterlegenen Konzepte spielen daher nur eine untergeordnete Rolle. Das gilt auch für die Idee einer mitteleuropäischen Föderation. Dabei ist diese Konzeption mit prominenten Namen verbunden, u.a. denen von Julius Fröbel, Friedrich List, Paul de Lagarde und Constantin Frantz. Letzterer hat dieses Konzept wahrscheinlich am umfassendsten und detailliertesten ausgearbeitet.

Constantin Frantz (1817–1891) studierte in Halle und Berlin Mathematik und Physik, befasste sich darüber hinaus intensiv mit Philosophie und Geschichte. Er wurde schließlich zum Anhänger der Schellingschen Altersphilosophie, die seiner religiös bestimmten konservativen Grundhaltung in weltanschaulicher und politischer Hinsicht am besten entsprach. Seine politischen Ambitionen ließen ihn bereits vor der Revolution von 1848/49 die Verbindung zu den herrschenden Kräften suchen. Diese Haltung behielt er auch während der Revolutionsereignisse bei, in denen er die Position der konterrevolutionären Kräfte bezog. Zudem machen sich bei ihm zunehmend starke antisemitische Vorurteile bemerkbar. Die angestrebte politische Laufbahn, die er in preußischen Diensten begann, zerschlug sich jedoch, als er sich mit Bismarck überwarf, dessen Kurs auf eine kleindeutsche Lösung der nationalen Frage er scharf ablehnte.

Ihm ging es vor allem darum, die politischen Machtpositionen des Hochadels zu erhalten. Die Monarchie sah er als geeignet an, die mit der kapitalistischen Industrialisierung entstandenen Konflikte zu entschärfen. Das verband sich mit seinem Konzept einer „sozialen Monarchie“, deren Aufgabe er darin sah, die Arbeiterschaft in korporative Strukturen einzubinden, um sie damit obrigkeitlicher Kuratel zu unterstellen. Damit gedachte er zum einen die Entstehung eigenständiger Interessenvertretungen

der Arbeiter zu unterbinden und zum anderen die Akzeptanz des Bürgertums für die Fortdauer der politischen Vorherrschaft des Adels zu erlangen. Außerdem gedachte er, seine mitteleuropäischen Föderationspläne dem Bürgertum durch wirtschaftliche Zugeständnisse schmackhaft zu machen. Er versprach ungehinderte Absatzmöglichkeiten in Mitteleuropa und die Verhinderung einer Industrialisierung außerhalb Deutschlands.

Frantz beabsichtigte, durch die Bildung eines mitteleuropäischen Bundes, den nichtdeutschen Nationalitäten die deutsche Oberherrschaft erträglich zu machen. Die Deutschen wären von ihrer historischen Anlage her, seit jeher Träger der föderativen Idee gewesen, der mittelalterliche deutsche Feudalstaat sei eine übernationale Gemeinschaft gewesen. Nur durch eine mitteleuropäische Föderation sei überdies dem zu erwartenden Übergewicht der USA und Russlands Paroli zu bieten.

Nach seinem Entwurf sollte in einem ersten Schritt eine Föderation der deutschen Klein- und Mittelstaaten entstehen, die zusammen mit den westelbischen Besitzungen Preußens und den österreichischen Territorien Salzburg und Tirol einen „engeren Bund“ bilden sollten.

Das zweite Element für ein Mitteleuropa sah Frantz in der Assoziierung der beiden deutschen Großmächte Preußen und Österreich. Ihnen wies er die Aufgabe zu, die Union gegen Osten und Südosten militärisch abzusichern, aber auch zu erweitern. Mit der Einbeziehung Österreichs und Preußens sollte die Föderation zu einem „weiteren Bund“ werden.

Drittens schließlich erwartete Frantz, dass das Gewicht der Föderation auch die skandinavischen Staaten, die Niederlande, Belgien und die Schweiz zum Anschluss bewegen werde, wodurch der „weiteste Bund“ entstehen sollte. Sogar Großbritannien fasste er als ein potentielles Glied seiner Föderation ins Auge.

Träger dieses föderalen Gebildes sollten die in den beteiligten Staaten herrschenden Dynastien sein, so dass sein Mitteleuropa letztlich nichts anderes als eine Art „europäischer Fürstenkonvent“ darstellte. Eine Mitwirkung der Völker war nicht vorgesehen.

Dass die Konstruktion einer solchen föderativen Organisation des mitteleuropäischen Raumes auf energischen Widerstand der betroffenen Völker stoßen musste, war Frantz bewusst. So kalkulierte er von vornherein militärische

Gewalt zur Durchsetzung seiner Ziele ein. Er legitimierte das nicht zuletzt damit, dass er den ost- und südosteuropäischen Völkern jegliche Befähigung zur Staatsbildung absprach. Das Frantzsche Mitteleuropa war zudem gezielt gegen andere Staaten und Völker gerichtet. Seine Pläne zeigen eine unverhüllte Feindseligkeit gegenüber Frankreich und vor allem Russland. Während er in Frankreich den Repräsentanten des von ihm vehement bekämpften demokratischen Prinzips sah, war Russland für ihn ein Hort der Barbarei, dem er die Zugehörigkeit zu Europa bestritt.

Die Entstehung nationaler Einheitsstaat

ten in den wichtigsten europäischen Ländern, darunter auch in Deutschland, bedeuteten für die Ideen eines Constantin Frantz und anderer eine Niederlage. Seine Ideen waren jedoch nicht für immer aus der Welt. In den folgenden Jahrzehnten tauchten sie in unterschiedlichen Formen immer wieder auf. Allerdings geschah das niemals in Form einer sachgerechten kritischen Gesamtanalyse seines Gedankensystems, sondern immer nur als Rückgriff auf geeignete Bruchstücke. Deshalb bleibt es eine Aufgabe, die Gedankenwelt des Constantin Frantz eingehend kritisch zu durchleuchten, ihre historische Verortung herauszuarbeiten und seine Art der

Auseinandersetzung mit den damals bestehenden Problemen wie seine perspektivische Sicht sorgfältig auf Überholtes und Weiterführendes zu prüfen. Das wird sicherlich nicht dazu führen, ihn zu einem Vorreiter der Lösung moderner Probleme zu erheben; denn seine Demokratiefeindlichkeit, seine Mythisierung eines „deutschen europäischen Berufs“, seine Feindschaft gegen Russland und Frankreich sowie sein rüder Antisemitismus werden nicht durch anregende Gedanken über den Nutzen föderaler Strukturen für einen internationalen Zusammenschluss aufgehoben.

Anschrift des Vortragenden:

Bästleinstraße 10, 01/05. 04347 Leipzig

E-Mail: HDmeier@aol.com

3. Workshop des Arbeitskreises Energieversorgung

Der Ad-hoc-Arbeitskreis war im Oktober 2004 zur Bearbeitung der Projektaufgabe „Sichere Versorgung der Menschheit mit Energie und Rohstoffen“ im Rahmen des auf die Jahre 2004 und 2005 begrenzten Förderprojektes „Erkenntnisgewinn durch Interdisziplinarität“ auf Vorschlag der am 07.10.2004 durchgeführten Anlaufberatung gebildet worden. Im AK wirken aktiv rund 20 Mitglieder der Sozietät und vier eingeladene Freunde der Sozietät mit. Weitere rund 30 Mitglieder der Sozietät, die ihr Interesse an der Projektaufgabe bekundet hatten, wurden vom Sprecher des AK Heinz Kautzleben durch Rundbriefe per e-mail laufend über die Vorhaben des AK und die erzielten Ergebnisse informiert. Von den drei ganztägigen Workshops des AK (am 10.12.2004, 04.03.2005 und 15.07.2005) und von der Anlaufberatung gibt es ausführliche Niederschriften, die von den jeweiligen Teilnehmern bestätigt wurden; sie können beim Sprecher eingesehen werden.

In den drei Workshops wurden insgesamt 16 wissenschaftliche Vorträge und ausführliche Diskussionsbeiträge gehalten und ausgiebig diskutiert. Sie werden in überarbeiteter Fassung im geplanten thematischen Band der „Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät“ gedruckt; der Band wird bis zum Ende des Jahres 2005 ausgeliefert werden. Der Band wird einen umfangreichen Bericht zur Tätigkeit des AK enthalten, der von Heinz Kautzleben, Klaus Steinitz und Günter Flach vorbereitet wird. Der Bericht hat den Charakter eines Zwischenberichtes. Der AK schlägt vor, seine Tätigkeit über den Abschluss des Förderprojektes hinaus fortzusetzen.

In der Planung zur Bearbeitung der Projektaufgabe wurde vorgesehen, bis zum Jahresende 2005 ein öffentliches wissenschaftliches Kolloquium zur Thematik durchzuführen. Dieses Kolloquium wird am **Freitag, dem 25. November 2005, ab 10.00 Uhr**, im Konferenzraum des Büroceneters Storkower Bogen, Storkower Str. 207, 10369 Berlin, stattfinden. Im Kolloquium werden die Mitwirkenden des AK über die bisher erreichten Ergebnisse berichten, und es ist eine ausführliche Diskussion vorgesehen.

Der AK hatte sich die Aufgabe gestellt, die wissenschaftlichen Positionen, die in der Leibniz-Sozietät zur Energie-Problematik vertreten werden, und deren Begründungen zu sammeln. Als ersten Themenkomplex hat er den Komplex „Energie und Klimawandel“ ausführlich behandelt und konnte dazu bereits im 1. Workshop eine übereinstimmende Einschätzung erreichen. Anschließend wurden (im 1., 2. und 3. Workshop) exemplarisch die verschiedenen Energietechnologien behandelt, dabei besonders ausführlich die Möglichkeiten und Probleme der Kernenergetik. Zur Einschätzung der Kernenergie konnten die Teilnehmer generell noch keine Übereinstimmung erreichen, jedoch stimmten die meisten der von Klaus Steinitz vorgelegten Herangehensweise zur gesellschaftlichen Bewertung der Kernenergie zu. In den Workshops wurde eine Generaldebatte zu allen Aspekten der Energie-Problematik geführt.

Die Mitwirkenden im AK haben sich bemüht, sich entsprechend dem Charakter der Leibniz-Sozietät als einer Wissen-

schaftsakademie auf die wissenschaftlichen Fragen der Energie-Problematik zu konzentrieren, selbstverständlich unter Einbeziehung aller relevanten naturwissenschaftlich-technischen und wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Gebiete. Sie waren sich aber stets bewusst, dass von ihren Diskussionen auch Antworten auf die Fragen erwartet werden, die für die Öffentlichkeit besonders wichtig sind: Energie muss der Menschheit jederzeit – in Gegenwart und Zukunft – bedarfsgerecht und möglichst preiswert zur Verfügung gestellt werden. Die Energieversorgung muss in technischer Hinsicht für den Menschen und für die Umwelt jederzeit sicher erfolgen. Die weitere Entwicklung der Energieversorgung soll zukunftsfähig sein. Wie kann (speziell in Deutschland) eine demokratische Mitbestimmung bezüglich der Energiewirtschaft erreicht bzw. verbessert werden? Die Antworten jedes Einzelnen werden wesentlich von seinen Visionen für die gesellschaftliche Entwicklung beeinflusst werden.

Heinz Kautzleben

Liste der in den drei Workshops gehaltenen 16 Vorträge und ausführlichen Diskussionsbeiträge (z. T. Arbeitstitel)

Helmut Abel, Strahlenrisiken der Kernenergie

Karl-Friedrich Alexander, Perspektiven der Kernenergie für eine nachhaltige Versorgung der Menschheit mit Energie

Klaus-Dieter Bilkenroth, Zur Energiewirtschaft in Deutschland

Wolfgang Böhme, Beitrag zur Thematik Klima und Menschheit

Gerhard Brandl, Meereswellenenergie – eine neue Alternative

Günter Flach, Entwicklungstendenzen auf dem Gebiet der Kernenergetik für die nähere und fernere Zukunft

Klaus-Dieter Jäger, Klimaänderungen in Mitteleuropa im Holozän – Ergebnisse und Aufgaben
 Heinz Kautzleben, Bemerkungen zu den verschiedenen primären Energieträgern bzw. –quellen
 Heinz Kautzleben, Zu aktuellen internationalen Fragen des Energie-Bereiches

Lothar Kolditz, Zur Komplexität der Thematik Versorgung mit Energie und Rohstoffen
 Karl Lanus, Szenarien zur Klimaänderung
 Johann Lingertat, Stand der Arbeiten zur Kernfusion für die zivile Energieversorgung
 Siegfried Nowak, Rohstoff Erdöl
 Klaus Steinitz, Energiesicherung im 21. Jahrhundert – Veränderte Bedingungen und

Herausforderungen
 Klaus Steinitz, Gesellschaftliche und politische Aspekte der Bewertung der Rolle der Atomenergie- wie könnte der Diskurs zwischen Anhängern und Gegnern der Atomenergie weitergeführt werden?
 Klaus Thiessen, Stand und Perspektiven der Wandlung von Sonnenenergie in Elektroenergie

Johann Peter Süßmilch (1707 – 1767) und die Anfänge der Statistik und Demographie in Deutschland

Das war das Thema der 122. wissenschaftliche Veranstaltung, die der Arbeitskreis Demographie am 26. Mai 2005 in der Humboldt-Universität zu Berlin durchführte. Referent war Herr Prof. Dr. Eckart Elsner (Touro-College Berlin, Direktor a. D. Statistisches Landesamt Berlin).

Der Schwerpunkt des Vortrages lag auf biographisch-historischen Angaben und zahlreichen Begebenheiten zum Leben von Johann Peter Süßmilch. Die Persönlichkeit von Süßmilch als Theologe, Demograph und Statistiker wurde in seinen zeitgenössischen Rahmenbedingungen und Verflechtungen ausführlich behandelt, so dass statistische und demographische Fragestellungen manchmal etwas zu kurz kamen.

Süßmilch wurde in Zehlendorf, heute Berlin-Zehlendorf, im Jahre 1707 geboren. Er stammte aus einer bürgerlichen Familie, besuchte in Brandenburg an der Havel das Lyzeum, später in Berlin das Gymnasium zum Grauen Kloster. Während seiner Schulzeit in Berlin schrieb er sich als Gasthörer im Collegium medicochirurgicum in Berlin ein, und hörte im Anatomischen Theater Vorlesungen über allgemeine Medizin, Anatomie, Botanik und Osteologie. Die erworbenen Grundkenntnisse in der Medizin waren ihm später in seinen wissenschaftlichen Arbeiten sehr von Nutzen.

Elsner berichtete von den altsprachlichen Studien an der Frankeschen Stiftung in Halle an der Saale, vom Theologiestudium an den Universitäten in Halle und Jena. Seine akademische Ausbildung schloß Süßmilch 1732 mit einer physikalischen Dissertation über Adhäsion ab und setzte sich mit der Newtonschen Theorie zu dieser Problematik auseinander. Elsner zeigte das facettenreiche Wirken von Süßmilch als Regimentsprediger im Kalcksteinschen Regiment, als Dorfpfarrer in Etzin, als Pfarrer der Köllner St. Petri-Gemeinde, Probst und Konsistorialrat, königlicher Zensor für theologische Schriften, seine sprachwissenschaftlichen und historische Studien,

seine umfangreichen Aktivitäten (Vorträge) an der preußischen Akademie der Wissenschaften bis zu seinem Tode im Jahre 1767.

Süßmilchs Hauptwerk „Die Göttliche Ordnung ...“, Erstausgabe vom Jahre 1741 und mit einem Vorwort des Philosophen Christian Wolff versehen, stellt vom theologischen Standpunkt den Versuch eines Gottesbeweises dar, aber ist gleichzeitig das erste umfassende Buch über demographische Probleme in deutscher Sprache. Elsner hob besonders seine Leistungen in der Mortalitätsstatistik, der Todesursachenstatistik, seine Leistungen in der Pockenbekämpfung hervor und sprach über die Vorschläge von Süßmilch zur Verringerung der Säuglingssterblichkeit in Preußen bzw. in Berlin und lobte seinen Beitrag zur Errichtung einer Hebammenanstalt in Berlin.

Der Vortrag wurde mit einem Abschnitt über die Gedenkkultur zu Süßmilchs Wirken in Berlin abgerundet. Die Gedenktafeln an dem Geburtshaus in Zehlendorf, an seiner Wirkungsstätte und Sterbehäuser in der Berliner Brüderstraße, die Straßennamen mit Süßmilchs Namen in Etzin und Berlin-Zehlendorf, sowie die Einweihung eines Süßmilch – Saales am Max-Planck-Institut für Demographie in Rostock zeugen von der Ehrung Süßmilchs als Demographen und Statistiker in unserer heutigen Zeit. Der Vortragende hat in den letzten Jahrzehnten mit viel Engagement zur Popularität und insbesondere zur Erinnerungskultur von Süßmilch beigetragen.

In der Diskussion hat Prof. Dinkel, Universität Rostock, die Leistungen in der Mortalitätsstatistik von Süßmilch – wie sie Elsner vorgetragen hat, in Abrede gestellt. Süßmilch verwendete ein stationäres Bevölkerungsmodell bei der Berechnung seiner Mortalitätstabellen, eine Annahme, wie sie auch Wargentin in Schweden verwendet hat. Süßmilch beruft sich dabei auf Halley, was nach

Auffassung von Dinkel falsch sei. Süßmilch kannte nicht die Arbeiten von Struyck und Deparcieux, zumindest verwendete Süßmilch nicht ihre Berechnungsmethoden bei der Erstellung von Mortalitätstabellen. Dinkel vertrat die Auffassung, dass dadurch fast 100 Jahre der falsche Weg in der Mortalitätsstatistik in Deutschland eingeschlagen wurde.

Kritisch sah Dinkel auch die Leistungen Süßmilchs bei der Pockenbekämpfung, die nicht erst durch Süßmilch in Deutschland und Europa initiiert wurde, sondern 1721 in London (Wortley-Montagu) und schon im 1. Jahrhundert in Indien und im Orient praktiziert wurde. Dinkel machte darauf aufmerksam, dass es nicht zutrifft, Süßmilch als einen „Begründer der Todesursachenstatistik“ zu bezeichnen und verwies darauf, dass der Breslauer Arzt Johann Christian Kundmann als erster Todesursachenstatistik publizierte.

Wilke entgegnete in der Diskussion, dass Johann Daniel Gohl in der „Acta medicorum berolinensium“ 1721 bis 1731 Morbiditätsstatistiken und Todesursachenstatistiken publiziert hat und als Begründer der Medizinalstatistik in Preußen anzusehen ist. Erste Anfänge der Registrierung und systematische Beschreibung von Krankheiten und Todesursachen lassen sich bis zum Jahre 1699 in Breslau zurückverfolgen. 1737 verfügte eine königliche Kabinettsorder (Friedrich Wilhelm I), dass die Pfarrer nur noch Listen von Gestorbenen mit Todesursachen einreichen sollen. Süßmilch hat auf Grund seiner hervorragenden medizinischen Kenntnisse die Todesursachenstatistiken in Kooperation mit den Ärzten Lesser, Möhsen und seinem Schwager Lieberkühn verbessert und Schemata der Erfassung in seinem Hauptwerk ausführlich beschrieben.

Prof. Khalatbari bemerkte in seiner Abschlussbemerkung, dass der Vortrag interessante Details über das Leben von Süßmilch enthalten hat und einer Fortsetzung bedarf, um noch umfassender über die demographischen Arbeiten von Süßmilch diskutieren zu können.

Dr. sc. oec. Jürgen Wilke

XXII. Internationaler Kongreß für Wissenschaftsgeschichte

History of Science "hot" in China

So überschrieb eine Pekinger Tageszeitung in ungewohntem Buchstabenruck ihren Bildbericht vom XXII. Internationalen Kongress für Wissenschaftsgeschichte, der vom 24. bis 30. Juli 2005 unter dem Thema "Globalization and Diversity. Diffusion of Science and Technology" annähernd 1000 Teilnehmer aus fast 60 Ländern zusammenführte. Neben den Plenarvorträgen fanden 35 Fachsitzungen und 62 Symposien statt, dazu Kommissionssitzungen und die Geschäftsitzung der veranstaltenden International Union of History and Philosophy of Science, Division of History of Science (IUHPS/DHS), auf der R. Numbers (USA) als neuer Präsident, Dun Liu (VR China) und F. Bevilacqua (Italien) als erster bzw. zweiter Vizepräsident und E. Nicolaidis (Griechenland) als Generalsekretär gewählt wurden.

Der Tagungsort - zum zweiten Mal in der 75jährigen Geschichte des Kongresses im Fernen Osten und ebenfalls zum zweiten Mal in einem Land, das sich als Entwicklungsland versteht - beförderte sicher einen Blick auf die Globalisierung im Sinne eines wirklichen Zusammenwachsens der Menschheit bei voller Anerkennung, Achtung und Bewahrung unterschiedlicher Kulturen, wissenschaftlicher Denksätze und philosophischer Systeme anstelle einer puren "Verwestlichung" (bzw. US-Amerikanisierung). Ganz in diesem Sinne wird im Textentwurf einer "Pekinger Deklaration über ökonomische Globalisierung und kulturelle Vielfalt", der der DHS-Generalversammlung vorlag, kulturelle Vielfalt als Bereicherung und Kraftquell des menschlichen Geistes charakterisiert und dazu aufgefordert, regionales kulturelles und wissenschaftliches Erbe ernsthaft zu erforschen und zu schützen, den Austausch geistiger Schätze zu fördern und die Kommunikation zwischen Natur- und Geisteswissenschaftlern zu verstärken.

Die weit gespannte Thematik des Kongresses, der von Yongxiang Lu, Präsident der gastgebenden Chinesischen Akademie der Wissenschaften und Vizepräsident des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses der VR China in der Festhalle des Friendship Palace-Hotels eröffnet wurde, widerspiegelte in seiner thematischen, regionalen und Epochenvielfalt das oben umrissene

Anliegen der Veranstalter. Da auf Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann, seien nur einige Fragestellungen genannt, die in besonders enger Beziehung zur Geschichte der Leibniz-Sozietät und ihren derzeitigen Aktivitäten stehen. Mehrere Plenarvorträge - darunter von Chen Ning Yang, Physik-Nobelpreisträger des Jahres 1957 - , Fachsitzungen und verschiedenartige Präsentationen, u. a. auch durch das Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin, waren dem Werk Albert Einsteins und seiner weltweiten Rezeption gewidmet.

Ein eigenes Symposium befasste sich mit dem Wirken von G. W. Leibniz in Wissenschaft, Politik und für öffentliche Wohlfahrt, einer der Beiträge des Symposiums speziell mit den Leibnizschen Akademieprojekten. Die Entwicklung wissenschaftlicher Gesellschaften und europäischer Wissenschaftsakademien war Gegenstand eines weiteren Symposiums, während die Geschichte der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit in einer Fachsitzung vornehmlich am Beispiel von Meteorologie und Geophysik exemplifiziert wurde. Historische Forschungen zu den großen internationalen geophysikalischen Programmen des 19./20. Jahrhunderts sind offenbar im Gang.

Die Leibniz-Sozietät war auf dem Kongress mit Vorträgen ihrer Mitglieder Klaus Fuchs-Kittowski über den Einfluss von Computernetzwerken auf Erkenntnistätigkeit und wissenschaftliche Arbeit sowie von Karl-Heinz Bernhardt über Goethe als Naturwissenschaftler und Dichter am Ausgang der "kleinen Eiszeit" vertreten, während Hannelore Bernhardt vom Förderkreis der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät über Rektoratsantrittsreden an der Berliner Universität referierte.

Retrospektiv betrachtet, hätten sich nicht wenige der in den letzten Jahren von Mitgliedern unserer Sozietät erarbeiteten und publizierten Forschungsergebnisse bestens als Grundlage für Vorträge in Peking geeignet. Erinnerung sei nur an die auf den Veranstaltungen zur Akademiegeschichte oder zu den Jubiläen von Immanuel Kant und Albert Einstein vorgebrachten Referate, an das zu Persönlichkeiten wie John Bernal, Georg Klaus, Klaus Fuchs, Hans Ertel oder Wolfgang Steinitz zusammengetragene Material, an zu verschiedenen Anlässen vorgestellte

wissenschaftshistorische und geschichtsphilosophische Konzeptionen und natürlich an die Erfahrung und Dokumentation gesellschaftlicher Transformationsprozesse im Wissenschaftsbereich. Dies sei in Hinblick auf den bevorstehenden XXIII. Wissenschaftshistorikerkongress vermerkt, der für Ende Juli 2009 in Budapest vorbereitet wird und Projektverantwortlichen, Kommissionen und Arbeitskreisen der Sozietät zur rechtzeitigen Beachtung empfohlen sei.

Weltanschaulicher und wissenschaftsphilosophischer Pluralismus, für Kongresse dieser Art obligat, reichte von der Erschließung erstaunenswerter altindischer Vorstellungen zu Kosmologie und Geowissenschaften über die Bewertung traditioneller im Verhältnis zu moderner chinesischer Medizin bis zu unterschiedlichen Einschätzungen der Beziehungen von Wissenschaft und Religion einschließlich des im US-amerikanischen Einflussbereich an Boden gewinnenden Kreationismus.

Wiederentdeckung des Marxismus

Bemerkenswert ist die Renaissance marxistischen Denkens in zweifacher Hinsicht: Einmal in der vorurteilsfreien Würdigung des Wirkens politisch prononciert linksorientierter Forscher und Wissenschaftshistoriker - so des Kreises um Haldane, Bernal, Hogben, Levy und vor allem J. Needham, dem ein beeindruckender abschließender Plenarvortrag gewidmet war. Mehrfach wurde an das denkwürdige Auftreten sowjetischer Wissenschaftshistoriker auf dem zweiten Wissenschaftshistorikerkongress 1931 in London erinnert, und die Persönlichkeit Boris Hessens, dessen Vortrag über die sozialökonomischen Wurzeln der Newtonschen Mechanik derzeit mehrerenorts neu übersetzt und ediert wird, war explizit Gegenstand zweier Vorträge. Zum anderen führen Arbeiten vor allem jüngerer Wissenschaftshistoriker aus Entwicklungsländern offensichtlich zur Neu- oder Wiederentdeckung bewährter Prinzipien des historischen Materialismus, wenn auch unter so ungewohnten Begriffen wie "thick description" für die Einbettung der Wissenschaftsentwicklung in den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang einschließlich der Sozialisierung des erkennenden Subjektes.

Karl-Heinz Bernhardt

4. Toleranzkonferenz der Leibniz-Sozietät und des Mittelstandsverbandes Oberhavel

Geschichtliche Erfahrungen aus dem Wechselspiel der Religionen – Chancen für die Entfaltung von Toleranz?

Chancen gibt es wohl – aber ihre Nutzung bedarf des entschiedenen Engagements. Die Intoleranz hat viele Gesichter. So könnte ein Fazit der Tagung in der Orangerie des Schlosses Oranienburg lauten. Bekräftigt wurde auch: Bis in die europäische Neuzeit hinein vollzog sich die Ausprägung toleranter Praxis und Haltungen wesentlich im Rahmen religiöser bzw. kirchlicher Auseinandersetzungen und Kämpfe – Spiegelbild und Moment des Ringens der jeweiligen gesellschaftlichen Kräfte um Macht und Einfluss.

Toleranz wollte Siegfried Wollgast (Dresden) im einleitenden Referat zum Thema „Christliche Religion und Toleranz gestern und heute“ als „Begriff in der Diskussion“, dem Charakter von Utopie verwandt, verstanden wissen. Eine Folgerung aus den unzähligen Erscheinungsformen und Facetten der Begegnung von Intoleranz und Toleranz von den im ‚Neuen Testament‘ fixierten Streitigkeiten zwischen verschiedenen Konzepten ursprünglichen Christentums über die allmähliche konfliktreiche Verschmelzung von Staat und Kirche im vierten Jahrhundert, die Proklamationen von Intoleranz bei Augustin, die intolerante ‚Kehrseite‘ toleranter Ansprüche in der Reformation, aber auch die Brandenburger Erfahrungen des 17. Jahrhunderts, des „einzigen deutschen Landes mit Konfessionstoleranz“ bis hin zu widersprüchlichen Positionen von Aufklärung und II. Vaticanum. Ergänzt wurden die historischen Exkurse immer wieder durch Schlaglichter auf systematische Erörterungen wie die Gefahr aporetischer Konsequenzen praktizierter Toleranz, mögliche Resultate des Aufeinandertreffens religiöser Neubildungen auf gegebene kirchliche Herrschaft, unterschiedliche Begründungen toleranter Haltung oder gesellschaftliche Bedingungen und Bezugspunkte für Toleranz. Toleranz und Intoleranz seien aufeinander bezogen. Intoleranz beginne, wo Wahrheit absolut gesetzt wird – wenn Wahrheit gewiss sei, sei Toleranz gegenstandslos. Es gelte, sich selbst der Toleranzforderung zu stellen.

Einen Kulminationspunkt im Prozess allmählicher Anreicherung des Reflektierens über Toleranz und Intoleranz markiert die Reformation – Gegenstand des Beitrages von Adolf Laube (Berlin). Von den Auseinandersetzungen über Willens- und Gewissensfreiheit und von Luthers Beitrag zur Zwei-Reiche-Lehre gingen nachhaltige Einflüsse auf die Fragestellungen der Neuzeit aus. Gleichwohl – dies wurde von Laube faktenreich herausgearbeitet – verliefen Fortschritte auch in diesem Kontext alles andere als geradlinig. Wenn Luther sich mit starken Worten dagegen wandte, Ketzern mit Feuer und Schwert zu begegnen, da Ketzerei ein „geistlich Ding“ und daher nur mit Gottes Wort beizukommen sei, so war dies Konsequenz seines reformatorischen Ansatzes, aber auch eine Verteidigung der eigenen Position gegen den ihm drohenden Ketzerprozess. Gegnern in den eigenen Reihen, selbst wenn sie ehemals Mitstreiter gewesen waren – Karlstadt, Müntzer - galt keinerlei Toleranz oder Nachsicht!

In einer Antwort auf Diskussionsmeldungen (Lothar Kolditz, Hannelore Lehmann, Erich Hahn) unterstrich Wollgast, dass Toleranz und Intoleranz keine absoluten Werte darstellen – Intoleranz gegen Alte und Schwache in unserer Gesellschaft müsse zurückgedrängt, Fremdenhass dürfe nicht toleriert werden!

Thema des zweiten Referates von Gert Wendelborn (Rostock) war „Kirchengeschichte als langer Weg zu mehr Toleranz“. „Wer an nichts glaubt, hat es leicht mit Toleranz“ und „Glaube hat immer etwas mit Entscheidung zu tun, also auch mit Scheidung“ – Folgerungen des Kirchenhistorikers aus der von „viel Intoleranz“ geprägten Geschichte des Christentums. Allerdings nicht im Sinne eines unabwendbaren Fatums. Im ersten Teil seines Beitrages skizzierte auch Wendelborn den „nicht immer nur mit dem Wort“ geführten Kampf um Wahrheit von den „Ursprüngen“, dem ‚Neuen

Testament‘, bis zur Reformation. Wesentlich dabei, stets den Zusammenhang zwischen theologischem bzw. innerkirchli-

chem Dissens und sozialen, politischen, historischen, kulturellen bis hin zu sprachlichen Einflüssen zu beachten. Der zweite Teil war dem ebenso mühe- wie hoffnungsvollen Einsatz von Christen für ökumenisches Denken und Handeln gewidmet. Es sei vielversprechend, die Tendenzen zur Ökumene als Möglichkeit von Toleranz zu sehen, nicht als Ersatz für Wahrheit – wohl aber unter der Perspektive einer „versöhnten Verschiedenheit“ und im Wissen um die Begrenztheit der Erkenntnisfähigkeit des Einzelnen.

Einen überaus interessanten Einblick in die geistigen und praktischen Ansätze der ‚Aktion Sühnezeichen Friedensdienste‘ gewährte das Referat von Dr. Christian Staffa: „Auf dem Weg von Intoleranz zu Toleranz – Aktion Sühnezeichen Friedensdienste – ein Praxisbeispiel“. Mit einem Zitat aus der ‚Dialektik der Aufklärung‘: „Im Bild des Juden, das die Völkischen vor der Welt aufrichten, drücken sie ihr eigenes Wesen aus“ regte er an, das Toleranz- bzw. Intoleranzproblem unter dem Gesichtswinkel des Projektionskonzepts zu überdenken: der eigene „Unglaube“ werde auf den Anderen projiziert. Mit der unvermeidlichen Konsequenz von Aversion, Vorurteil, Feindschaft und Konflikt. Inspiriert unter anderem von der Ethik Emmanuel Levinas‘ setze ‚Aktion Sühnezeichen‘ darauf, das eigene Verstehen und Handeln „vom Anderen her zu denken“. Von eminenter Wichtigkeit für den Umgang mit deutscher Verantwortung im und nach dem zweiten Weltkrieg! ‚Wiedergutmachung‘ habe nur zu oft eine verhängnisvolle Nähe zu ‚Selbstrechtfertigung‘ aufgewiesen. Es gehe daher um ‚Kommunikation‘, wozu freilich Vorleistungen nötig seien – der Einsatz von Freiwilligen in betroffenen Ländern.

Der hoffentlich recht bald in den Sitzungsberichten der Leibniz-Sozietät erscheinende Tagungsband verspricht sehr viel mehr Informationen und Denkanstöße, als dies eine kurze Revue erlaubt.

Erich Hahn

Vorgestellt: Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.

Gründung, Ziele

Am 9. April 1990 fand die Gründungsver-sammlung der „MEGA-Stiftung Berlin e.V.“ statt, die von MitarbeiterInnen der Marx-Engels-Abteilung im Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (zuvor Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED) und von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates für Marx-Engels-Forschung von Universitäten und Hochschulen der DDR einberufen worden war. Am 25. März 1991 wurde die Namensänderung in „Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V.“ beschlossen.

Die Vereinstätigkeit ist auf die Förderung der MEGA und die Durchführung von wissenschaftlichen Veranstaltungen gerichtet, die sich sehr erfolgreich gestaltet. Das Vereinsziel ist in der Satzung wie folgt formuliert: „Zweck des Vereins ist die Teilnahme an der Bewahrung und Erschließung des literarischen Nachlasses von Karl Marx und Friedrich Engels als Teil europäischen, humanistischen Kulturerbes und an der Erforschung von dessen geschichtlicher Wirkung. Der Verein fördert entsprechende Publikationen und gibt nach Möglichkeit eigene Schriftenreihen heraus. Er leistet damit einen Beitrag zur öffentlichen Bildungsarbeit. Hauptziel des Vereins ist die Förderung der von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung (IMES) herausgegebenen und vom Akademienvorhaben MEGA der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) koordinierten historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe durch Spenden und Sachzuwendungen.“

Veranstaltungen, Projekte

Der Verein führt jährlich zwei bis drei wissenschaftliche Veranstaltungen durch. Von Beginn an gehört dazu die Hinwendung zu Themen, die der Geschichte der Herausgabe des Marx-Engels-Nachlasses gewidmet sind. Das bedeutet eine kritische Auseinandersetzung mit der Editionsgeschichte im Spannungsfeld von Wissenschaft und Ideologie. Endlich konnte so auch der deutschen und russischen Mitarbeiter gedacht werden, die in den 1920/30er Jahren im Moskauer Marx-Engels- bzw. Marx-Engels-Lenin-Institut an der Herausgabe der ersten MEGA beteiligt gewesen waren und Stalins MEGA-Verdikt zum Opfer fielen. Die herausragende Rolle David Rjaza-

novs als spiritus rector der MEGA wurde eingehend gewürdigt.

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von zwei MEGA-Bänden 1993, die nach den bis 1992 geltenden Editionsrichtlinien bearbeitet worden waren, setzte auch eine selbstkritische Rückschau auf die bisher erschienenen Bände ein. Neben der historischen Sicht auf die Entstehung der zweiten MEGA in den 1960/70er Jahren stand die Auseinandersetzung mit der Kommentierung im wissenschaftlichen Apparat und den Registern im Vordergrund. Editorische Fragen wurden mehrfach aufgegriffen, zuletzt in einem Kolloquium zum Thema „Nachlass – Edition. Probleme der Überlieferung persönlicher Nachlässe des 19. Jahrhunderts und ihrer wissenschaftlichen Editionen“ und in einem Band der „Wissenschaftlichen Mitteilungen“ „Zu den Grundsätzen der MEGA“.

Leibniz intern stellt in loser Folge Gruppen von Wissenschaftlern vor, die ihre wissenschaftliche Arbeit vorwiegend außerhalb des offiziellen Wissenschaftsbetriebs und unter schwierigen Existenzbedingungen betreiben. Sie sind Teil einer wissenschaftlichen Kultur die sich hauptsächlich als Ergebnis von Wende und Abwicklung nach 1990/92 herausgebildet hat und für die sich die Bezeichnung Zweite Wissenschaftskultur eingebürgert hat.

Bisher wurden 11 Gruppen vorgestellt: Die Gruppe der Achtundvierziger (Leibniz intern Nr.14), der Verein für Wissenschaftssoziologie und -statistik WiSOS e.V. (Nr. 15), die Gesellschaft für Wissenschaftsforschung e.V. (Nr. 16), Initiative Sozialwissenschaftler Ost (ISO) (Nr. 16), Leibniz-Sozietät e.V. (Nr. 17), Verein für angewandte Konfliktforschung (Nr. 17), Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V. (Nr. 18), Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung (Nr. 20), Jour fix von Günter Kröber (Nr. 22), Internationale Wissenschaftliche Vereinigung Weltpolitik und Wirtschaft e.V.(IWWWW, Nr. 26), Verein Berliner Debatte INITIAL (Nr. 27).

Entsprechend den Schwerpunkten der in Arbeit befindlichen MEGA-Bände gibt der Verein die Möglichkeit, wissenschaftliche Themen mit einem breiten Publikum zu diskutieren. So wurden die Rolle der Naturwissenschaften im Werk von Marx und Engels, Marx' Stellung zwischen Philosophie und Naturwissenschaften, die journalistische Tätigkeit von Marx, Marx als Politiker, Marx' Methode in den „Grundrissen“ und im „Kapital“ und Marx' und Engels' Beziehungen zu den USA thematisiert. Jubiläen von Marx und Engels und deren Werke waren Anlass

für Vorträge, Analysen und Berichte, zum Beispiel zum 100. Todestag von Engels, zum „Kommunistischen Manifest“ oder zum „18. Brumaire des Louis Bonaparte“; auch Biografisches wurde vielfach behandelt, zuletzt wurde im Mai 2005 der Band „Familie Marx privat“ vorgestellt.

Seit 1998 veranstaltet der Verein auch mehrtägige Kolloquien an Wochenenden. Das erste Kolloquium dieser Art stand unter dem Thema „Geschichte und Ökonomie – ein Spannungsfeld in Marx' Studien“, gefolgt von „Neue Erkenntnisse zum ‚Kapital‘“ und „Der Einfluss des Stalinismus auf das Ende der ersten MEGA“, „Klassen – Revolution – Demokratie“, „Die Journalisten Marx und Engels“ sowie „Das Kapital – Marx' Konzeption und Engels' Druckfassung“.

Im April 1998 startete der Verein sein erstes Projekt „Wer war/ist wer: Biografien von Marx-Engels-Forschern und -Editoren von der ersten bis zur zweiten MEGA“. Ein Zwischenergebnis wurde auf einem Kolloquium „Marx-Engels-Forschung und -Edition in der SBZ und DDR (1945–1968)“ im Oktober 2001 vorgestellt; Resümee gezogen wurde auf einem Kolloquium im November 2003. Die Datenbank umfasst etwa 500 Kurzbiografien, die teilweise in den Sonderbänden der „Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge“ publiziert wurden bzw. werden.

Alle Veranstaltungen stießen auf große Resonanz unter Fachwissenschaftlern und Rezensenten. Veranstaltungsberichte wurden vor allem in der linken Presse und in Fachzeitschriften (IWK, BzG, Arbeiterhistorie u.a.) veröffentlicht. Die erfolgreiche Tätigkeit hat sicher dazu beigetragen, dass der Verein in einer Studie über die „Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin“ (HoF Wittenberg, Arbeitsberichte, Heft 2, 2004) zur sog. „Zweiten Wissenschaftskultur“ gerechnet wird (S. 58).

Veröffentlichungen

Der Verein gibt keine regelmäßige Zeitschrift heraus, veröffentlicht aber seit 2002 in unregelmäßigen Abständen „Wissenschaftliche Mitteilungen“, in denen Vereinsmitglieder neue Forschungsergebnisse in einer Einzelpublikation vorstellen können. Bisher sind fünf Hefte erschienen, die u. a. den Biografien von S. L. Borkheim und M. F. Anneke gewidmet sind, bzw. die „Kapital“-Debatte bereichern.

Drei Vereinsmitglieder – Carl-Erich Vollgraf, Richard Sperl und Rolf Hecker – geben seit 1991 die „Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge“ heraus, in denen rund 200 Aufsätze von etwa 50 AutorInnen aus 20 Ländern veröffentlicht wurden. Herausgeber und Redaktion werden von einem internationalen wissenschaftlichen Beirat unterstützt. Die Jahressbände behandeln einen Schwerpunkt, der vor allem in den letzten Jahren von der Thematik der bereits erwähnten mehrtägigen Kolloquien geprägt war. Auf großes, auch internationales Echo stießen die Jahressbände, die in die kontroversen Debatten zum „Kapital“ eingriffen, insbesondere auch die Frage nach „Konvergenzen und Divergenzen“ zwischen Marx und Engels und der Vorstellung der erstmals in der MEGA veröffentlichten Manuskripte zum zweiten und dritten Band des „Kapitals“.

Ergänzend werden Sonderbände herausgegeben, in denen die Geschichte der Marx-Engels-Edition seit den 1920er Jahren anhand erstmals publizierter archivalischer Dokumente erschlossen wird. Bisher sind drei Bände erschienen. Der erste und zweite Band sind vor allem dem Wirken von David Rjazanov gewidmet. So wird erstmals die Kooperation zwischen dem Frankfurter Institut für Sozialforschung und dem Moskauer Marx-Engels-Institut in den 1920er Jahren anhand der Korrespondenz dokumentiert. Der dritte Band bringt erschütternde Dokumente über den Einfluss Stalins auf das Ende der ersten MEGA. Noch in diesem Jahr wird die Geschichte der Marx-Engels-Werkausgabe (MEW) in einem weiteren Band kritisch analysiert werden.

Alle drei Reihen erscheinen im Argument Verlag Hamburg. Von jedem Band wer

den etwa 150 Exemplare an den Vertriebspartner in Japan geschickt, Abonnenten gibt es weiterhin in Europa und den USA.

David-Rjazanov-Preis

Seit 2003 verleiht der Verein jährlich den Rjazanov-Preis mit einer Dotation von 500 Euro an junge Nachwuchswissenschaftler. Die Preisträger kamen aus Italien, Berlin und Japan. Die thematisch breit gefächerten Arbeiten, die das Auswahlkomitee bewerten konnte, befanden sich auf einem guten wissenschaftlichen Niveau, und auch in 2005 wird von fünf Kandidaten ein Preisträger ausgewählt werden können. Die Autoren erhalten die Möglichkeit, auf einem Kolloquium ihre Arbeit kurz vorzustellen; die besten Arbeiten werden zur Veröffentlichung empfohlen. Der Vereinsvorstand sieht die Auslobung des Preises als ein wichtiges Mittel an, mit jungen Wissenschaftlern ins Gespräch zu kommen und sie für die Auseinandersetzung mit Marx betreffenden Themen zu motivieren.

Vorstand, Mitgliedschaft und Kooperation

Der Vereinsvorsitz lag bisher in den Händen von Dr. sc. Carl-Erich Vollgraf, dann Marianne Jentsch und seit 1997 von Prof. Dr. sc. Rolf Hecker. Dem Vorstand gehören weiter an: Prof. Dr. sc. Martin Hundt, Historiker, Dr. Barbara Lietz, Ökonomin, alle aus Berlin und Prof. Dr. sc. Ehrenfried Galander, Ökonom, Erfurt, die alle seit Jahrzehnten mit der MEGA-Edition eng verbunden sind.

Im Verein sind gegenwärtig 40 Mitglieder organisiert, wobei erfreulicherweise etwa weitere 50 Personen sich für die Vereinstätigkeit interessieren und regelmäßig die Veranstaltungen besuchen. Bei diesem Freundeskreis handelt es sich um Wissenschaftler und Interessierte aus

dem ganzen Bundesgebiet; der Verein hat sich seit Ende der 1990er Jahre weit geöffnet und lädt zur Mitarbeit bzw. Teilnahme an den Veranstaltungen öffentlich ein.

Ein Teil der Veranstaltungen wurde und wird in Kooperation durchgeführt, insbesondere mit der IMES, deren Sekretariat an der BBAW beheimatet ist, der „Marx-Gesellschaft e.V.“, die in Hamburg eingetragen ist und deren Vorstand in Frankfurt/M. wirkt; Unterstützung erhielt der Verein von der „Hellen Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin, letztere förderte das Projekt zur Geschichte der MEGA in den o.g. Sonderbänden.

Vereinssituation

Der Verein ist gemeinnützig und kann steuerabzugsfähige Spendenbescheinigungen ausstellen, er finanziert sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Der Vorstand sorgt für die abrechenbare Verwendung der Mittel entsprechend dem Vereinszweck. Dazu gehören auch Spenden an die IMES, um die Fertigstellung einzelner MEGA-Bände zu fördern.

Wünschenswert wäre, wenn einige der in der o. g. Studie angesprochenen Empfehlungen zur Förderung der „Zweiten Wissenschaftskultur“ durch den Berliner Senat umgesetzt werden würden, die dazu beitragen sollten, Bedingungen für Veranstaltungen, Projekte und Finanzierungen der Vereine zu verbessern.

**Adresse: c/o Prof. Dr. Rolf Hecker,
Ribbecker Str. 3, 10315 Berlin
Email: info@marxforschung.de
Internet: www.marxforschung.de**

Bibliographia

Annette Leo Leben als Balance-Akt. Wolfgang Steinitz. Kommunist, Jude, Wissenschaftler

Metropol Verlag Berlin 2005, 363 Seiten,
19 Euro

Rezension von Fritz Klein

(Aus: *Das Blättchen, Zweiwochenzeit-
schrift für Politik, Kunst und Wirtschaft,
Heft 15 vom 18. Juli 2005*)

„Ich weiß, daß ich was leisten werde, und deshalb bleibe ich der Wissenschaft treu“. Der Unbedingtheit, mit der der Achtzehnjährige gegenüber seinem Vater, Rechtsanwalt Kurt Steinitz in Breslau, der seinen Sohn Wolfgang nachdrücklich zu einem Jurastudium drängte, auf seiner Entscheidung für das Studium der Volkskunde und der finnisch-ugrischen Sprachwissenschaft beharrte, blieb er sein Leben lang treu. Gestützt auf intensives Studium des Nachlasses von Wolfgang Steinitz im Archiv der Akademie der Wissenschaften in Berlin, andere Archivalien, Auskünfte von Angehörigen der Steinitzfamilie, nicht

zuletzt auf die umfangreichen Niederschriften, die Hans Bunge, Literaturwissenschaftler und Freund der Familie, bei seinem nicht zum Abschluß gelangten Versuch einer Steinitz-Biographie angefertigt hatte, zeichnet Annette Leo ein eindrucksvolles Bild vom Leben eines deutschen Wissenschaftlers in schweren Zeiten. Studium in Berlin, Dissertation zur finnisch-karelischen Volksdichtung 1932, Entlassung als Institutsassistent 1933 wegen „nichtarischer“ Herkunft, Professur am Institut für Nordvölker in Leningrad 1934 bis 1937, mehrmonatige Forschungsreise nach Sibirien 1935 zum

Studium von Sprache und Kultur der Ostjaken, eines kleinen schriftlosen Volkes, das eine der ältesten finnisch-ugrischen Sprachen spricht, 1937 Ausweisung aus der UdSSR und Übersiedlung nach Schweden, Publikationen über Ostjaksische Volksdichtung, einer ostjakischen Chrestomathie und einer Geschichte des finnisch-ugrischen Vokalismus: dürre Daten, hinter denen sich angestrenzte, hochspezialisierte wissenschaftliche Arbeit verbirgt, die schwierigsten Bedingungen abgetrotzt wurde. Die primitiven Völker und Sprachen seien in hundert Jahren völlig ausgerottet oder der Kultur assimiliert, begründete er die Wahl des seltenen Faches. „Wir müssen jetzt noch retten und sammeln, was wir können“.

Nicht nur wissenschaftliche Leidenschaft war es, die sein Leben bestimmte, sondern gleichermaßen unbedingt empfundene Aufgabe des Kommunisten zu politischem Einsatz. Abgestoßen von reaktionären Entwicklungen in Finnland und Ungarn, die er auf Studienreisen 1924 und 1925 beobachtete, beeindruckt vom Versuch des Aufbaus einer neuen, gerechteren Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion, die er 1926 besuchte, trat er 1927 in die KPD ein. Er nahm die Mitgliedschaft ernst, übernahm sogleich kleinere Funktionen in der Partei, folgte ihrer Aufforderung zur Teilnahme an der verbotenen Demonstration am 1. Mai 1929, was ihm kurzzeitige Verhaftung einbrachte, beteiligte sich als Flugblattverteiler und Kontaktperson an der illegalen Widerstandsarbeit in Berlin-Dahlem 1933/1934. Politisch aktiv war er in den Jahren der schwedischen Emigration, sei es in der Emigranten-Selbsthilfe, an der Seite Brechts im Schutzverband deutscher Schriftsteller, in der Propaganda für das Nationalkomitee Freies Deutschland. Zentral für die Wendung zum Kommunismus war die Bewunderung für die Sowjetunion. Dem vielbefeindeten Land zur Seite zu stehen, verstand sich für Kommunisten von selbst, was Steinitz veranlaßte, sich dem militärischen Geheimdienst der Sowjetunion Ende der zwanziger Jahre zur Verfügung zu stellen. Seine in Studienreisen gewonnene Vertrautheit mit Nachbarländern wie Finnland, Estland oder Lettland mag das Interesse auf ihn gelenkt haben. Konkretes über Inhalte dieser Kontakte ist nicht bekannt. Die einschlägigen Archive sind der Forschung unzugänglich.

Die Schilderung der vielseitigen Aktivitäten des bedeutenden Gelehrten in Ostdeutschland nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1946 erbringt bemerkenswerte Aufschlüsse zum Wissenschaftssystem der DDR. Weithin bekannt wurde der Name Steinitz durch sein Lehrbuch der russischen Sprache, nach dem eine Generation von Ostdeutschen die in den Schulen der Sowjetischen Besatzungszone als Pflichtfach eingeführte Sprache lernte. Von Anbeginn Professor an der Universität Unter den Linden, leitete er dort das finnisch-ugrische Seminar, verlegte später das Schwergewicht seiner Arbeit auf die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, wie die ehemals Preußische, ab 1973 DDR-Akademie damals hieß. 1951 wurde er ihr Mitglied, war 1954 bis 1963 Vizepräsident für Gesellschaftswissenschaften, Direktor des Instituts für Deutsche Volkskunde ab 1951, Leiter der Abteilung Deutsche Sprache der Gegenwart am Institut für Deutsche Sprache und Literatur ab 1952. Er publizierte zahlreiche größere und kleinere Arbeiten zur finno-ugrischen Sprachwissenschaft, wandte sich verstärkt wieder seinem alten Thema, der Volksliedforschung zu, die er durch sein Hauptwerk auf diesem Gebiet, die viel beachtete zweibändige Sammlung deutscher Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten, bereicherte. Nachhaltige Wirkungen gingen von seiner Fähigkeit aus, klug, weit-sichtig, unbeirrt durch dogmatische Eingeengungen, der Wissenschaft neue Wege zu weisen. So etwa auf dem Gebiet der Volkskunde, die er von dem üblen Ruf befreite, in den sie in der NS-Zeit geraten war, indem er sie auf die Grundlage einer modern aufgefaßten Ethnographie stellte. Bedeutsam war seine Initiative zur Begründung eines Wörterbuchs der deutschen Gegenwartssprache wie auch sein Einsatz für die Begründung einer Arbeitsstelle für strukturelle Grammatik, die er gegen konservative Widerstände durchsetzte. Mitarbeiter und Schüler in seinen vielen Wirkungszusammenhängen schätzten seine sachliche Kompetenz, Bescheidenheit und Toleranz, Lauterkeit und Hilfsbereitschaft, die überzeugende Art, zu leiten, ohne zu administrieren, das Bemühen um wissenschaftliche Zusammenarbeit über ideologische und Blockgrenzen hinaus. Es waren solche Eigenschaften, die ihn auf der politischen Seite seiner Lebensbahn zunehmend in Schwierigkeiten brachten. Viele Jahre

hindurch der von den Führungen der KPDSU und der KPD vorgegebenen politischen Linie uneingeschränkt vertrauensvoll folgend, trat zunehmende Ernüchterung ein, als er in der DDR in die Lage kam, verantwortlich mitzuarbeiten an der Durchsetzung der Politik seiner Partei in der Wirklichkeit. Es ist beklemmend zu lesen, wie die Autorin aus den Akten des ehemaligen SED-Archivs und des MfS die Situation des Kommunisten Steinitz beschreibt, der 1953 nach dem 17. Juni fordert, die Partei müsse sich der Frage stellen, wie die Kluft zwischen Partei und Volk entstanden sei, der als Mitglied des ZK 1955 auf einer Plenartagung die dogmatische Wissenschaftspolitik und das ignorante Verhalten von Parteifunktionären gegenüber bürgerlichen Forschern scharf angreift und 1956 die Forderung von Studenten nach Beschäftigung mit den Verbrechen Stalins unterstützt. Er gerät in ein Gewebe aus Verdächtigungen und Verleumdungen, wird parteifremder Kaderpolitik und kritischer Äußerungen über die Parteiführung bezichtigt. Funktionäre der Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees der SED greifen die Beschuldigungen auf, das MfS eröffnet einen Überprüfungsvorgang wegen des Verdachts, „staatsgefährdende Propaganda und Hetze“ zu betreiben. Es ist ein gespenstischer Vorgang. Drastische Maßnahmen werden nicht ergriffen. Er wird nicht wieder ins ZK gewählt, bleibt aber in seinen Leitungssämtern, reist, international hoch anerkannt, zu Kongressen, ein Parteiverfahren wird nicht eröffnet, das MfS stellt 1964 seinen Vorgang ein, da sich die Anschuldigungen als unbegründet erwiesen hätten. Steinitz aber spürt sich umgeben von Mißtrauen und Feindseligkeit, zieht sich zurück aus jeder direkten politischen Aktivität. Kommunist – Jude – Wissenschaftler unterteilt Annette Leo ihr Buch, hätte aber besser Steinitz' Eigenschaft als Wissenschaftler an die Spitze gestellt. Wissenschaftler blieb er bis ans Ende seines Lebens, mit dauerhaften, weit wirkenden Ergebnissen. Neue Publikationen sind zu erwarten, mit neuen Erkenntnissen zu dieser vorrangigen Seite seines Lebens. Sein Judentum war dem Nichtgläubigen nicht wichtig. Kommunist war und blieb er, zermürbt aber schließlich in seinem politischen Engagement durch die Partei, deren loyaler Mitstreiter er sein wollte.

Berliner Notizen: Exkurs über Geld, Steuern und Erkenntnis

(HW). Das wissenschaftspolitische Umfeld in Berlin hat sich nach den stürmischen Wogen der Föderalismus-Debatte wieder geglättet. Geklärt ist allerdings nicht viel, und die Beteiligten wissen, dass die grundsätzlichen Mängel der föderalen Staatskonstruktion für Bildung und Wissenschaft fortbestehen. Noch in diesen Tagen hat der Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Dr. Arend Oetker, in einem Brief an die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD appelliert, in einer möglichen großen Koalition die Föderalismusreform fortzusetzen und bei den Koalitionsverhandlungen den Themen Forschung und Innovation einen breiten Raum zu gewähren.

Doch immerhin ist es im Vorfeld gelungen, die mit Exzellenzinitiative umschriebene Aufgabe vom in weiter Ferne liegenden Endergebnis der Föderalismus-Debatte abzukoppeln. Bei der Exzellenzinitiative geht es um die Verteilungsmodalitäten für immerhin rund 1,9 Milliarden Euro, die von Bund und Ländern für den Ausbau der universitären Spitzenforschung im Sommer zugesichert wurden. Damit soll der Wettbewerbsgedanke an den Universitäten Einzug halten. Wissenschaftsrat und DFG zeigten sich erleichtert und setzten sogleich den bürokratischen Ablauf in Gang, den eine Uni zu gehen hat, um in den Genuss der ausgelobten Summen zu gelangen. Und hier tut Eile Not. Schon Ende September sollten die Konzepte eingereicht sein, danach sortiert die DFG, wer davon einen Antrag stellen darf, diese Papiere wiederum sind bis April 06 einzureichen, damit sie dann im Oktober 06 bewilligt werden können. Ein ehrgeiziger, straffer Ablauf also, wie Wissenschaftsrats-Vorsitzender Max Einhäupl hervorhob.

Stiftende Bürger gesucht

Bei Finanzierungsfragen richtet sich der Blick aber immer stärker auch auf andere Quellen, etwa in Richtung auf private Drittmittelgeber, auf die Wirtschaft - und auf Mäzene und Stifter. Allerdings findet man kaum noch den klassischen Mäzen, der sein Vermögen für das Gemeinwohl an von ihm gewünschter Stelle einsetzt. Neue Formen wie Bürger- oder Sammelstiftungen bestimmen die Szene.

Für die Wissenschaft hat sich jüngst der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft stärker zu Wort gemeldet, ein Verband, dem rund 3000 Unternehmen aller Art angehören und dessen Zuwendungen für die Wissenschaftsförderung 2004 immerhin 31 Mio Euro betragen. Sein neuer Generalsekretär Andreas Schlüter scheint entschlossen zu sein, den unter Manfred Erhardt bei den Stiftungen verlorenen Boden zurück zu gewinnen. Nach Angaben des Verbandes hat es seit 2000 einen enormen Stiftungszuwachs gegeben, allein in den vergangenen fünf Jahren wurden an die 4000 Stiftungen ins Leben gerufen, 1000 mehr als im Zeitraum von 1960 bis 1990. Schlüter sah - in seiner Hauszeitschrift *Wirtschaft und Wissenschaft* 1/2005 - darin sogar einen „wahren Stifterboom“, wurde aber wenig später - in 3/2005 der Zeitschrift - von seinen Fachleuten behutsam korrigiert, die nur von Zuwächsen sprachen, deren Zahl inzwischen zurückgegangen sei. Neue Stifter wären also durchaus willkommen.

Nach Schlüter liegt der Boom hauptsächlich daran, dass nach den Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts nun wieder große Vermögen aufgebaut wurden und weitervererbt werden. In der Erbnachfolge spielt die Gründung und die Dotierung von Stiftungen eine zunehmende Rolle. Darüber hinaus wird deutlich, dass der Staat nicht mehr alle bisherigen Aufgaben übernehmen kann. Die entstandene Lücke wird zunehmend durch privates Engagement geschlossen.

Das allerdings ist erst das halbe Faktum. Vor der Kulisse einer edel gedachten Stifterkultur des reichen, aber gemeinnützig empfindenden Bürgers mit nationaler Stiftermentalität spielt sich das Geschehen wesentlich profaner ab, Stichwort Steuervergünstigung. Öffentliche und private Institutionen bieten privaten Spendern über vorgeschaltete Stiftungen erhöhte steuerliche Abzugsmöglichkeiten an, die sie gut gebrauchen können, um die Gewinne am Fiskus vorbei zu lenken. Auch die Banken haben die Stiftungen längst als lukratives Geschäftsfeld entdeckt. Und gefördert hat den Boom vor allem die in diese Richtung wirkende Reform des Stiftungssteuerrechts im Jahr 2000 und die Reform des Stiftungszivilrechts im Jahr 2002 und die Überarbeitung der Landesstiftungsgesetze.

Sachsens „Garten der Erkenntnis“ in Berlin

Mit dieser blumigen Arabeske hat sich die Sächsische Akademie der Wissenschaften (SAW) nun auch in Berlin vorgestellt, nach einem Probelauf der Wanderausstellung in Magdeburg, Dresden und Erfurt. Besser gesagt, der Freistaat, in Gestalt seines Staatssekretärs Dr. Frank Schmidt, hat „seine“ Akademie vorgezeigt und nicht vergessen, auf ihr über den Freistaat hinaus gehendes Einzugsgebiet Sachsen-Anhalt und Thüringen hinzuweisen. Die Ausstellung war leider nur zwei Wochen im Haus der Vertretung des Freistaats beim Bund in der Brüderstraße in Berlin-Mitte zu sehen.

Was dem Betrachter neben dem originellen graphischen Ausstellungskonzept am meisten auffiel, war die Absicht, die SAW nicht nur als Hort kulturell-historisch wertvoller geisteswissenschaftlicher Vorhaben darzustellen, sondern auch als Heimstätte beachtenswerter und unverzichtbarer naturwissenschaftlicher Forschung. In den Eröffnungsreden stand dann auch die Sorge um den Erhalt der naturwissenschaftlichen Langzeitvorhaben im Vordergrund. Die SAW betreue 22 Langzeitvorhaben, die aus den Mitteln des Akademienprogramms und des Freistaates gleichermaßen alimentiert würden, sagte der Staatssekretär.

Der amtierende Akademiepräsident Prof. Dr.-Ing. Ernst Schlegel warb um öffentliches Verständnis für die Vorzüge seiner Einrichtung, die er vor allem in der interdisziplinären Zusammensetzung und deren Wirkungsmöglichkeiten für die Erkenntnis der komplexer gewordenen Wirklichkeit sah. Die Akademie weise seit jeher ein starkes naturwissenschaftliches Profil auf, das auch heute noch einen besonderen Stellenwert habe. Herbe Kritik übte er am Wissenschaftsrat, dessen Empfehlungen vom vergangenen Jahr, die naturwissenschaftliche Arbeit an den Akademien auslaufen zu lassen, er als „nicht sinnvoll“ ansah. Sie stellten einen gravierenden Eingriff in die Struktur der SAW dar, immerhin betreffe sie über die Hälfte aller Arbeitsvorhaben und Arbeitsgruppen. Schlegel befürchtet eine Abwanderung von Spitzenkräften in das Ausland, nachdem schon jetzt der innere Frieden der Akademie durch die Ankündigung des Wissenschaftsrates empfindlich gestört sei.

Die 1846 gegründete Akademie arbeitet in drei Klassen: Mathematisch-naturwissenschaftliche, Philologisch-historische und Technikwissenschaftliche Klasse. Der Gelehrtenengesellschaft gehören gegenwärtig 121 Ordentliche und 79 Korrespondierende Mitglieder an, darunter auch Mitglieder der Leibniz-Sozietät. Die 22 Langzeit-Forschungsvorhaben machen rund 15 Prozent des deutschen Akademien-Programms aus. Sie werden jeweils von einem Ordentlichen Mitglied geleitet. Daneben hat die Akademie strukturbezogene Kommissionen eingerichtet, in denen der wissenschaftliche Diskurs zu aktuellen Problemen geführt wird.

Wir gratulieren: „Runde“ Geburtstage im 4. Quartal 2005

Wolfgang Mundt (70), am 03.10.

Roswitha März (65), am 5.10.

Theodor Hellbrügge (86), am 23.10.

Norbert Langhoff (70), am 28.10.

Wolfgang Schütt (60), am 05.11.

Herbert Roesky (70), am 06.11.

Lénárd Pál (80), am 07. 11.

Lothar Budach (70), am 14.11.

Horst Heine (75), am 16.11.

Jörg Roesler (65), am 25.11.

Grigori G. Devjatych (87), am 01.12.

Günther Kindermann (70), am
01.12.

Karl-Heinz Bernhardt (70), am
24.12.

Klaus-Peter Steiger (65), am 26. 12.

Christiane Tammer (50), am 26.12.

Peter Althaus (65), am 27.12.

Stephan Tanneberger (70), am
27.12.

Die Leibniz-Sozietät gratuliert allen Genannten zu ihrem Ehrentage

Statut der Gottfried Wilhelm Leibniz-Medaille - Verfahrensregelung -

Auf der Grundlage des Statuts der Gottfried Wilhelm Leibniz-Medaille (kurz Leibniz-Medaille) vom 12.05.2005 hat das Präsidium der Leibniz-Sozietät (kurz Sozietät) in seiner Sitzung am 25.08.2005 folgende Verfahrensregelung beschlossen.

§ 1

Entsprechend § 5 Abs. 1 des Statuts können Anträge auf Verleihung der Leibniz-Medaille von jedem Mitglied der Sozietät gestellt werden.

Die Anträge sind mit einer schriftlichen Begründung beim Sekretar der Sozietät jeweils bis zum 31. 12. zur Beratung für das folgende Jahr einzureichen.

Der Sekretar legt die Anträge dem Präsidium vor, wonach sie zur Beratung an die Klassensekretare übergeben werden..

§ 2

Die Klassensekretare stellen hinreichend begründete Anträge in der Geschäftssitzung der Klassen, die der Geschäftssitzung des Plenums vor dem folgenden Leibniz-Tag vorangeht, zur Diskussion.

Die Klassensekretare übergeben die Anträge anschließend zusammen mit den Ergebnissen der Diskussion als Empfehlung der Klassen an den Vizepräsidenten der Sozietät.

§ 3

Der Vizepräsident stellt die von den Sekretaren der Klassen erhaltenen Anträge im Präsidium zur Diskussion. Nach Abwägung der in den Anträgen gegebenen Begründungen sowie der Stellungnahmen der Klassen legt das Präsidium die Anträge zusammen mit einer eigenen Stellungnahme in der Geschäftssitzung des Plenums, die dem folgenden Leibniz-Tag vorausgeht, als Vorschlag zur Beschlussfassung vor.

§ 4

Das Präsidium kann dem Plenum eigene Vorschläge zur Beschlussfassung unterbreiten.

§ 5

Entsprechend § 5 Abs.2 des Statuts gilt ein Vorschlag als angenommen, wenn die Mehrheit der anwesenden Mitglieder dem Vorschlag zustimmt.

Berlin, 25.08.2005

Präsident

Hinweis: Tagung *Berliner November*

am 18. und 19. November 2005, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Kybernetik (GfK), der Gesellschaft fuer Pädagogik und Information (GPI) und der Leibniz-Sozietät

Ort: Clubhaus der Freien Universität Berlin, Goethestr. 49, 14163 Berlin

Programm der Tagung im Internet unter:
www.leibniz-sozietat.de/verplan_gv05_2.htm#nov18

Vortragende u. a. Siegfried Piotrowski, Gerhard E. Ortner (Gesellschaft für Pädagogik und Information), Karl-Heinz Bernhardt (Leibniz-Sozietät), Thomas A. Bauer (European Society for Education and Communication), Helmut M. Niegemann, Jürgen Luga-Lopez, Bernd Mikuszeit, Helmar G. Frank, Georgine Lansky, Winfried Hacker, John Erpenbeck, Frank Fuchs-Kittowski, Klaus Fuchs-Kittowski,

Impressum: *leibniz intern* – Mitteilungen der Leibniz-Sozietät

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Herbert Wöltge Tel.: 030 65 623 49 / erscheint 4 – 6mal jährlich •

Anfragen an die Redaktion und zu Bezug und Versand: leibniz-intern@leibniz-sozietat.de

Leibniz intern gibt es in Auszügen als Online-Ausgabe unter: www.leibniz-sozietat.de

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 7. Oktober 2005